

# GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zug-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

**Redaktion:** Paul Barthel, Berlin N. 24, Elsassstr. 86 - 88<sup>III</sup>  
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 24.  
Telephon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Sekundis, Auguststraße 8. - Redaktionsschluß: Montag.

**Insertion.** Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Veranschauligungen sowie Veranschauligungen 15 Pfg. pro Zeile. Belegzeile nach Oberabschnitt.

**Inhalt:**

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Das Kartell der schaffenden Arbeit. Rundschau. Wirtschaftl. Monatschau. Handelspolitik und Schutzzölle, V. Ein amtliches Urteil über das Taylorssystem. — **Allgemeines:** Kassenbericht über das II. Quartal 1913. Sie trauen dem Verbands und seinen Funktionären nicht. Der Mannheimer Antrag auf Urabstimmung. Noch ein Beitrag zur Gehaltsregulierung. »Über seine Kraft!«, II. Ortsberichte: Halle a. S., Lahr i. B. — **Der Steindrucker:** Maschinenmeister und Hilfsarbeiterin. — **Die photomech. Fächer:** Zur Einführung des neuen Chemigraphentarifs. — **Photogr. Mitarbeiter:** Aus den Sektionen: Berlin. — **Feuilleton:** Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Die Adresse des Hauptvorstandes ist jetzt

**OTTO SILLIER, BERLIN N 24, Elsassstraße 86—88<sup>III</sup>.**

Alle für die Redaktion bestimmten Sendungen sind von jetzt ab zu adressieren an

**PAUL BARTHEL, BERLIN N 24, Elsassstraße 86—88<sup>III</sup>.**

Telephon für Hauptvorstand und Redaktion: Amt Norden, 5246.

**Bekanntmachungen.**

**Zur Auskunfterteilung.**

Die Leitung unserer französischen Bruderorganisation schreibt uns: »Zahlreiche Kollegen ersuchen uns durch gewöhnliche Postkarten um Auskünfte, so daß wir nicht wissen, ob sie organisiert sind. Wollen Sie daher den Kollegen bekanntgeben, daß alle Anfragen, die nicht auf den Karten der Organisation geschrieben sind und nicht den Stempel enthalten, als nicht angekommen betrachtet werden.«

Wir kommen diesem Wunsche hiermit nach und weisen aber noch ausdrücklich darauf hin, daß zu allen Anfragen über freie Stellungen, und zwar nicht nur im Auslande, sondern auch im Inlande, die vorgedruckten Anfragekarten benutzt werden müssen, die im Bedarfsfalle von den Ortsverwaltungen einzufordern sind.

Der Hauptvorstand.

**Achtung! Frankreich.**

In Lyon (Rhone) stehen die Chemigraphen in einer Bewegung für die Verkürzung der Arbeitszeit. Alle Stellungsangebote sind daher unbedingt abzulehnen. Auskunft erteilt Herr Lucien Pelton, 30 Avenue Berthelot, Lyon. (Frankreich)

In Marseille stehen die Steindrucker im Streik. Zuzug ist ebenfalls streng fernzuhalten. Internationales Sekretariat.

**Achtung! Italien.**

In Mailand dauert der Streik der Lithographen und Steindrucker in der Firma Ricordi unverändert fort. Da die Firma in Deutschland Streikbrecher anzuwerben versucht, machen wir erneut darauf aufmerksam, daß Zuzug streng fernzuhalten ist. Der Hauptvorstand.

**Das „Kartell der schaffenden Arbeit“.**

Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Presse, daß sich die Reaktionäre aller Schattierungen zu einem Bruderbunde des Ausbeutertums zusammengeschlossen haben: der »Reichsdeutsche Mittelstandsverband«, der »Bund der Landwirte« und der »Zentralverband der Industriellen«. Dieser Dreifund der großen und kleinen Nutznießer der Arbeit Anderer in Industrie und Landwirtschaft hat sich das schöne Etikett »Kartell der schaffenden Arbeit« beigelegt. Damit glaubt man die Öffentlichkeit täuschen und den wahren und einzigen Zweck dieser famosen Triole zwischen Kleinkrämer- und Krautertum, großindustriellen Schlotbaronen und agrarischen Herren von Ar und Halm bemänteln zu können. Denn die wirklichen Absichten dieses Kartells, das auch als »Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Stände« firmiert, sind einzig und allein darauf gerichtet, die Ausbeutung der produzierenden und konsu-

mierenden Massen im Interesse des profit- und mehrwerthungrigen Ausbeutertums zu steigern, die wirkliche schaffende Arbeit zu vergewaltigen und der Arbeiterschaft, diesem wirklichen schaffenden Stände, durch Knebelungsmaßnahmen die Abwehr der Ausbeutung und Vergewaltigung zu erschweren oder ganz unmöglich zu machen. Das »Kartell der schaffenden Arbeit« oder die »Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Stände« ist gegen die schaffende Arbeit und gegen den schaffenden Stand gerichtet!

Der leitende Reichsausschuß, der durch lokale Ausschüsse ergänzt werden soll, hat sich folgende Hauptaufgaben gestellt, die am besten dartin, daß der Dreifund der Handwerksretterei, Schlotbarone und Agrarier unter falscher Flagge segelt: »1. Zusammengehen der drei Gruppen: gewerblicher Mittelstand, Industrie und Landwirtschaft, zwecks gegenseitiger wirtschaftlicher Unterstützung und Bekämpfung der Auswüchse im Organismus unseres Wirtschaftslebens. 2. Aufrechterhaltung der Autorität in allen wirtschaftlichen Betrieben. 3. Schutz der nationalen Arbeit, Sicherung angemessener Preise und Schutz der Arbeitswilligen. 4. Bekämpfung der Sozialdemokratie und sozialistischer Irrlehren.«

Dieses kurze Programm sagt besser als viele Worte, worauf es der neuen Gemeinschaft ankommt. Die Agrarier erhoffen von einem Zusammengehen mit ihren mittelständlerischen und großindustriellen Kartellbrüdern die Verwirklichung des »lückenlosen Zolltarifs«, der gleichbedeutend ist mit einer weiteren bedeutenden Verteuerung der Lebensmittel für das ganze Volk zum Vorteil des Agrariertums; denn je teurer das Brot und das Fleisch für die Massen, und je größer ihre Not, desto fidele leben die »notleidenden Landwirte«. Und wie diese durch das Kartell die Aufrechterhaltung und Förderung der Hochschutzzollpolitik erstreben und erhoffen, so erwarten die Mittelständler und Schlotbarone von der gemeinsamen Arbeit mit den Agrariern die Erreichung von Knebelungs- und Zuchtgesetzten gegen die organisierte Arbeiterschaft; jede freie Regung soll im Keime erstickt, die Herrschaft der »Herren im Hause« soll gestärkt und der wirkliche schaffende Stand soll der schrankenlosen Ausbeutung durch die Nutznießer der schaffenden Arbeit Anderer wehrlos ausgeliefert werden. An dem Kampf gegen die

Arbeiterorganisationen haben natürlich nicht nur die Mittelständler und Industriellen, sondern auch ihre agrarischen Bundesgenossen ein wesentliches Interesse. Ebenso sind alle drei Gruppen dieser selbstsüchtigen, volksfeindlichen Reaktionäre nicht nur in dem gemeinsamen Schrei nach Knebelungsgesetzen, sondern auch in der Bekämpfung der Sozialpolitik und des weiteren Ausbaues der Arbeiterversicherung zugunsten der arbeitenden Schichten des Volkes ein Herz und eine Seele. Jeder der Arbeiterversicherung zugeführte Pfennig schmälert den Profit des Ausbeutertums. Wer durch die schrankenlose Ausbeutung seiner Arbeitskraft zermüht und durch die Wucherzollpolitik bis zur Entkräftung ausgehungert ist, mag einen Strich nehmen und sich aufhängen. Sein Schicksal läßt die einander würdigen Kartellbrüder der »schaffenden Stände« kalt.

Die Arbeiterschaft darf die Gefahren, die ihr aus der neuen Arbeitsgemeinschaft der Reaktionäre drohen, nicht verkennen. Sie muß ihnen klaren Auges gegenüberstehen, wenn sie ihrer Abwehr gewachsen sein will. Daher darf sie sich über diese Gefahren auch nicht hinwegtäuschen lassen durch den Widerspruch, den das »Kartell« aus den Reihen des Unternehmertums selbst gefunden hat.

Aus den Kreisen der Landwirtschaft hat sich gegen die Triole der Mittelständler, Industriellen und Agrarier allerdings noch kein Protest geltend gemacht, woraus wohl geschlossen werden kann, daß man in diesen Kreisen durch das Kartell Gefahren für die agrarische Interessenpolitik des Bundes der Landwirte nicht befürchtet und daß man mit den reaktionären Aufgaben des Kartells durchaus einverstanden ist.

Der Widerstand macht sich hauptsächlich in solchen Kreisen des Mittelstandes bemerkbar, denen die Ehre, von den Großindustriellen und den Großagrariern der Bundesbruderschaft gewürdigt zu werden, noch nicht ganz sinnverwirrend zu Kopfe gestiegen ist. Diese Mittelstandskreise empfinden sehr richtig, daß für sie das Bündnis mit der Großindustrie und der Landwirtschaft durchaus unnatürlich ist, die durch die Unterstützung der wirtschaftlichen Forderungen des Mittelstandes sich selbst entgegenarbeiten und ihren eignen Interessen zu widerhandeln würden, was niemand von diesen schlauen und skrupellos selbstsüchtigen Geschäftspolitikern erwarten wird. In dieser Erkenntnis nahm daher auch die Berliner Gruppe der »Deutschen Mittelstandsvereingung« gegen die widernatürliche Paarung des »Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes« mit dem Großunternehmertum in Industrie und Landwirtschaft Stellung mit der Begründung, daß eine wirkliche Mittelstandsvertretung »den Kampf nach oben und nach unten« zu führen habe und daß sie »in diesem Kartell auch an sich eine schwere Gefahr für den Mittelstand« erblickte, »weil seine berechtigten Interessen dabei notwendig vernachlässigt, die Lebenslage noch weiter verteuert und die Interessenkämpfe der Erwerbstände unnötig verschärft werden.«

Aber nicht nur im Mittelständertum, sondern auch in den Kreisen der Industriellen hat man gegen das Kartell Stellung genommen. Besonders war es die antiagrarisches Konkurrenzorganisation des Zentralverbandes, der »Bund der Industriellen«, der in einer geharnischten Erklärung den Versuch eines Zusammengehens der Industrie mit dem Bunde der Landwirte entschieden abwies. Obwohl der Bund der Industriellen auf seiner letzten Leipziger Tagung durch seinen Generalsekretär Regierungsrat a. D. Schweighofer ausdrücklich die Forderung des Zentralverbandes: *gemeinsam gegen Sozialpolitik und Gewerkschaften!* mehrfach unterstrich, wurden auf der anderen Seite die Interessensätze zwischen Industrie und Landwirtschaft geltend gemacht und betont, daß diese Gegensätze ein Zusammengehen der Industrie mit dem Bunde der Landwirte unmöglich machen. Der Protest des Bundes der Industriellen gegen das Kartell beruht also hauptsächlich auf der Befürchtung, daß die Sonderinteressen der Industrie bei einem Zusammengehen mit den Agrariern leiden könnten, nicht aber in den gegen die Sozialpolitik und Arbeiterbewegung gerichteten Zielen des Kartells, bezüglich deren der Industriellenbund mit den im Kartell vereinigten Scharfmachern aller Grade im wesentlichen einig ist.

Jedenfalls ersieht die Arbeiterschaft aus dieser Sachlage, daß sie von dieser Protestbewegung gegen die Arbeitsgemeinschaft der Scharfmacher und Reaktionsäre nichts zu erwarten hat, da sie sich nur dort bemerkbar macht, wo bestimmte Unternehmer- und Kapitalistenkreise egoistische Sonderinteressen durch das Kartell gefährdet glauben. Im Großen und Ganzen ist man sich in der Verfolgung der in die verlogenen Schlagworte: »Schutz der nationalen Arbeit! Schutz der Arbeitswilligen!« gefaßten Hauptparole des Kartells einig. Das zeigt am schönsten die Haltung des »Hansabundes«, der ebenfalls gegen das »Kartell der schaffenden Arbeit« Stellung nahm, während sein Industrierat bald darauf in das Geschrei der Scharfmacher nach Ausnahmegesetzen gegen die organisierte Arbeiterschaft lustig mit einstimmte. Auf diese jüngste, vom »Kartell der schaffenden Arbeit« getragene und vom Hansabunde unterstützte, systematisch organisierte Hetze des Scharfmachertums gegen die moderne Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung werden wir in der nächsten Nummer der »Gr. Pr.« noch des Näheren eingehen.

## Rundschau.

Die Entwicklung des polygraphischen Gewerbes von 1910 zu 1911 ist aus einer Tabelle zu erkennen, die im 34. Jahrgange des vom Kaiserlichen Statistischen Amte herausgegebenen »Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich« für das Jahr 1913 enthalten ist. Aus den Endzahlen dieser Tabelle geht hervor, daß in Deutschland im Jahre 1910 7974 Betriebsanlagen des polygraphischen Gewerbes mit 164264 erwachsenen und 12920 jugendlichen Arbeitern ermittelte wurden. Im Jahre 1911 waren in 8321 Betriebsanlagen 170593 erwachsene und 19702 jugendliche Arbeiter beschäftigt. Mithin stieg die Zahl der Betriebsanlagen von 1910 zu 1911 um 347, die Zahl der erwachsenen Arbeiter um 6329 und die Zahl der jugendlichen Arbeiter um 412. Das Lithographie- und Steindruckgewerbe dürfte an dieser Steigerung kaum beteiligt sein. Die neue Statistik unseres Verbandes läßt bereits aus verschiedenen Städten ein wesentliches Sinken der Zahl der Steindruck- und besonders der Lithographen erkennen, so daß man jedenfalls für diesen Zweig des polygraphischen Gewerbes von einer fortschreitenden Entwicklung nicht reden kann.

Kunstgeschichtliche Ausstellung auf der Leipziger Buchgewerbeausstellung 1914. Das Leipziger Institut für Kultur- und Universalgeschichte wird auf der internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 innerhalb der von Geheimrat Lamprecht geleiteten Kulturhistorischen Abteilung eine kunstgeschichtliche Ausstellung veranstalten. Sie soll in umfassender und übersichtlicher Darstellung die Entwicklungsgeschichte der bildenden Künste vom Urbeginn bis zur Jetztzeit veranschaulichen und so die Grundlage für die kulturhistorische Abteilung bilden, daher sie auch Grundaussstellung genannt wird. Im Kuppelraum der »Halle der Kultur« untergebracht, wird sie in Form von konzentrischen Kreisen angeordnet und zwar so, daß man, in der Kreisrichtung gehend, immer die Entwicklungsgeschichte der Kunst eines

Volkes verfolgen kann; z. B. im äußersten Ring die Geschichte der deutschen Kunst von der Urzeit bis zur Gegenwart. In den inneren Ringen die Kunst der Ägypter, der Griechen usw., während in der Querrichtung gesehen, die einzelnen Kulturvölker in den verschiedenen Kulturepochen nebeneinander zu liegen kommen, z. B. die Urzeiten Ostasiens, Kleinasiens, der Mittelmeerländer und Germaniens. Ein besonders interessanter Teil der Grundaussstellung wird die Gruppe »Kindheit« sein. Hier wird an einer großen Anzahl Kinderzeichnungen und -Plastiken, die nach einem Plane Lamprechts in allen Weltteilen einheitlich hergestellt wurden, gezeigt werden, wie die Entwicklungsstadien bei den Kindern aller, auch der niedrigsten Völker, gleich sind, wie dann aber bei den Kindern der primitiven Naturvölker eine Verlangsamung des Entwicklungstempes und schließlich vollständiger Stillstand eintritt, während die Kinder der Kulturvölker einen fortschreitenden Aufstieg zu höheren Entwicklungsformen der Zeichnungen erkennen lassen. Auch wird man hier sehen, wie sich die Entwicklung der Menschheit vom primitiven Naturvolk zum Kulturvolk in der Entwicklung jedes Kindes im Wesentlichen wiederholt.

Der riesige Umfang der Volksversicherung in Deutschland ist aus folgenden Zahlen zu ersehen. Bei den 15 privaten Versicherungs-gesellschaften, welche die Volksversicherung betreiben, bestanden Ende 1911 7951554 Volksversicherungen mit einem Versicherungskapital von 1595878755 Mk. Bis Ende 1912 waren diese Zahlen gestiegen auf 8230546 Volksversicherungen mit 1700070231 Mk. Versicherungskapital. Am deutlichsten zeigt sich das rasche Wachstum durch die Steigerung der jährlichen Neuzugänge. Im Jahre 1912 überstiegen die Neuzugänge alle vorherigen Ergebnisse. Es waren zu verzeichnen bei allen Gesellschaften zusammen mehr als eine Million Versicherungen, mit einer Versicherungssumme von annähernd 245 Millionen Mark. Wie groß die Bedeutung der Volksversicherung für die Bevölkerung ist, zeigt die Tatsache, daß von den kapitalistischen Gesellschaften in den letzten fünf Jahren fast 255 Millionen Mark an die Versicherten ausgezahlt wurden. In Zukunft wird durch die Wirksamkeit der Volksfürsorge für die breiten Schichten des arbeitenden Volkes die Volksversicherung noch eine größere Bedeutung erhalten.

Ein Notgesetz zur Reichsversicherungsordnung fordert der Verband der Bureauangestellten in einer an den Reichstag und den Bundesrat gerichteten Petition. Der Verband weist darauf hin, daß durch die Reichsversicherungsordnung mit dem 31. Dezember weit mehr Kassen geschlossen werden, als vorausgesehen war. Nach einer Umfrage des Verbandes werden von 562 Ortskrankenkassen mit 4242 Angestellten 227 Kassen geschlossen und 883 Angestellte kommen damit um ihre Stellen und Rechte. Daß mit der Kassenzersplitterung etwas aufgeräumt wurde, ist erfreulich, aber es ist überflüssig, dabei die Existenz der Angestellten zu opfern. Die Reichsversicherungsordnung kassiert nämlich, wenn eine Ortskrankenkasse geschlossen wird, alle Angestelltenverträge, ohne den Kassengestellten ein Recht auf Weiterbeschäftigung bei der neuen Ortskrankenkasse zu gewähren. Auf diese Weise sind sogar die Bezüge von Invaliden, Witwen und Waisen gefährdet, die bereits geleistet werden. Zu dieser rückwärtslosen Vernichtung der Rechte eines Teils der Kassengestellten besteht ein sachlicher Grund nicht. Denn die neuen Kassen, die die Mitglieder der geschlossenen Kassen aufnehmen, brauchen natürlich entsprechend mehr Arbeitskräfte. Aus diesen Gründen fordert der Bureauangestelltenverband ein Notgesetz, nach dem die neue Kasse, die die Mitglieder aufnimmt, auch die Angestellten weiter beschäftigt und den etwa vorhandenen Invaliden, Witwen und Waisen ihre Renten weiter zahlen soll.

Oskar Schröter, der Gauleiter des Buchbinderverbandes in Baden und Leiter des gegenwärtigen Streiks der Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen in Lahr i. B., wurde mitten in diesem Kampfe vom Tode dahingerafft. Die »Buchbinderzeitung« widmet dem Verstorbenen einen warmempfundenen Nachruf, in dem über seinen Lebenslauf folgendes gesagt wird. Als er kaum sechs Jahre alt war, wurde sein Vater, ein Buchdrucker und sozialdemokratischer Gemeinderat, in dem damaligen Vorort Volkmarzdorf des schon zu jener Zeit »roten« Leipzig, auf Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesen. Er gehörte mit zu dem ersten Schub der Ausgewiesenen, der fast durchweg aus Familienvätern bestand. Das war ja eine der Brutalitäten der »Ordnungshüter«, da sie glaubten, mit dem Familienvater die ganze Brut auszurotten zu können. Was kümmerte sie christliches Erbarmen, was das Auseinanderreißen der heiligsten Familienbände, wenn sie nur den Zweck erreichten, die Arbeiterschaft an Händen und Füßen zu knebeln und sie der Ausbeutung in jeder Form auszuleeren. Im zartesten Kindesalter lernte so Schröter schon die heutige »von Gott eingesetzte Gesellschaftsordnung« von ihrer dunkelsten Seite kennen. Er mußte mit seinen Eltern und 5 Geschwistern in die Verbannung nach Rornberg in Sachsen-Altenburg ziehen. Nicht lange war dort ihres Bleibens, denn seines Vaters kurz vorher gegründetes Stempelgeschäft wurde vom »gutgesinnten« Bürgertum boykottiert und dem Bankrott

zugerieben. Ruhelos mußte er dann unter Hinterlassung seiner Familie von Ort zu Ort ziehen, da niemand den Sozialdemokraten beschäftigen wollte. Endlich fand er in Stuttgart eine bleibende Stellung. Der ehrliche Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, die so etwas duldet, ging vom Vater auf seine Kinder, und auch auf unseren Oskar Schröter über.

## Wirtschaftliche Monatsschau.

Berlin den 24. November 1913.

Der kanadisch-österreichische Auswanderungskanal. Die amerikanische Einwanderung Herabsetzung des Reichsbankdiskonts. — Reformen im Sparwesen und Erhöhungen des Zinsfußes, Rückwirkungen auf die Baugewerbe, Gesamtlage.

Die heimliche Kriegführung und Kriegvorbereitung der großen Schiffahrtsgesellschaften hat durch den Ausbruch des kanadisch-österreichischen Auswanderungskandals plötzlich eine unerwartete Explosion hervorgerufen. Die sensationellen Enthüllungen, die wie eine Bombe einschlugen, gingen dahin, daß die Canadian Pacific-Gesellschaft systematisch Wehrpflichtige zur Auswanderung verlockt und über die Grenzen geschmuggelt habe und daß sie dabei von hochgestellten, offenbar bestochenen Beamten und Würdenträgern unterstützt worden sei. Die Gerichte schritten ein, der Budgetausschuß suchte auf dem Wege der parlamentarischen Enquete Klarheit zu schaffen. Aber auch für die Konkurrenz waren die Enthüllungen leider ein sehr zweiseitiges Schwert: die Angegriffenen warteten mit Gegenentwürfen auf, nach denen alle Konkurrenten — d. h. also neben der Astro Amerikano auch die Hamburg-Amerikalinie und der Norddeutsche Lloyd — ungefähr in gleich schillmernde Lichte erscheinen. Das Endergebnis jedoch ist, daß eine gründlichere Auswanderungsgesetzgebung die überseeische wie die saisonweise deutschländische Wanderung einzuschränken suchen wird, vielleicht unter reaktionären Maßnahmen gegen die Freizügigkeit der Arbeiter und unter Förderung des Profits der heimischen Großgrundbesitzer und Großindustriellen, aber jedenfalls unter scharfer Beschränkung des gewissenlosen Rhederbetriebes und vor allem des ausländischen Rhederertrages. Denn auch die Bestrebungen, Österreich in der Schiffahrt und vor allem im Auswanderertransport mehr auf eigene Füße zu stellen, haben durch den »Skandal« eine wesentliche Förderung erfahren.

Nach den Mitteilungen des »Österreichischen Volkswirts« wären in den letzten Jahren aus Österreich-Ungarn alljährlich 200000 bis 300000 Menschen ausgewandert (aus Deutschland seit 1908 jährlich unter oder wenig über 20000), ein Fünftel bis ein Viertel der gesamten Auswanderung aus Europa; im ersten Halbjahr 1913 hätten jedoch fast um die Hälfte mehr der Heimat Valet gesagt wie im Vorjahr (117641 gegen 81436). Wir stellen dem die Einwanderungsziffern der Vereinigten Staaten für das am 30. Juni abschließende Fiskaljahr gegenüber. 1912/13 mit seinen 1197892 Immigranten blieb hier nur noch hinter dem einen Rekordjahr 1906/07 mit seinen 1258349 Zuwanderern zurück; 1911/12 mit 848172 Einwanderern stand dagegen noch immer weit zurück. Dabei stellte sich 1911/12 die Rückwanderung auf zwei Fünftel des Zustromes, 1912/13 nur auf ein Viertel; ein Anzeichen für den ungünstigeren europäischen und günstigeren amerikanischen Geschäftsgang. Niemals vorher hatten soviel »Russen«, welche die amerikanische Statistik von den »Slaven« unterscheidet, in einem Jahre den amerikanischen Boden betreten: 388968 gegen die vorangegangene Höchstzahl von 362193 im Jahre 1906/07. Das Hauptkontingent stellten hierbei die »Polen«, also wohl die Galizier, mit 174365, gegen 138033 im nächsten Höchstjahre 1906/07. —

Unter dem allseitigen Drucke der Geschäftswelt und gestützt auf eine außerordentliche Verbesserung ihrer Gesamtlage hat sich die Deutsche Reichsbank nun doch am 27. Oktober zu einer Herabsetzung des Diskonts um  $\frac{1}{2}$  (von 6 auf  $5\frac{1}{2}$  Proz.) entschlossen. Im letzten Quartal, kurz vor dem anspruchsvollen Jahresabschluss, ist ein solches Herabgehen seit dem Jahre 1882 nicht dagewesen; die neuliche  $\frac{1}{2}$ prozentige Erhöhung des englischen Banksatzes am 2. Oktober (von  $4\frac{1}{2}$  auf 5 Proz.) ließ erst recht einen solchen Schritt nicht erwarten. —

Die seit Jahren vollständig veränderte Geldmarktlage hat mehr und mehr auch die Sparkassen zu einer Umwandlung ihres Geschäftsverfahrens gezwungen. Mander alter Zopf, den öffentliche Unternehmungen fast immer länger tragen als bewegliche privatkapitalistische Konkurrenzbetriebe, ist dabei gefallen. So die früher fast allgemein verbreitete Bestimmung, daß für die Verzinsung an die »Kunden« der Einzahlungsmomente sowie der Abhebungsmomente nicht rechnet. Dies ließ sich nicht länger aufrechterhalten, sowie der Wettbewerb der Großbankfilialen, die vom ersten bis letzten Tage der Einlage Zinsen gewähren, ein reger wurde. Heute scheint die tägliche Verzinsung für die Spargelder fast einheitlich durchgeführt zu sein, und erst aus einer jüngsten offiziellen Mitteilung des Berliner Magistrats wurde man noch einmal an die »guten alten Zeiten« erinnert: die Verzinsung in Berlin, welche bisher, wenn die Spargelder nicht in den ersten drei Tagen des Monats eingezahlt waren, erst von dem Anfang des folgenden Monats begann, soll »in Zukunft dekadenzweise erfolgen; das heißt, die Verzinsung wird für die in den ersten zehn Tagen des Monats eingelegten Spargelder am 11. des Monats, bei den Einzahlungen vom 11. bis



20. des Monats am 21. und bei den von diesem Termin bis Ende des Monats erfolgten Einlagen am 1. des folgenden Monats beginnen. Auch die Erleichterung der Einzahlungen und Abhebungen durch Vermehrung der Sparkassenstellen und durch Modernisierung der ganzen Geschäftsabwicklung war mit der Zeit zu einem Gebot der Notwendigkeit geworden; gerade in Berlin mußte beispielsweise noch vor wenig Jahren entweder der Mann einen Tag Urlaub nehmen oder die Frau auf die Zubereitung des Mittagmahles verzichten, wenn, besonders in der Weihnachtszeit, ein Teil der Gelder zurückgeholt werden sollte.

Die bedeutungsvollste Reform ist jedoch die Erhöhung des Zinsfußes selber, nachdem alle weitverbreiteten Formen des Zinses (der Privatkredit, der offizielle Bankdiskont, die Depositenverzinsung der Bankfilialen, der Hypothekenzinsfuß, die Staatsanleihenrente, die Obligationenrente) sich längst und offenbar langdauernd auf ein höheres Niveau gehoben haben. In einzelnen, selbst großen Gemeinden des Ostens herrscht heute für die Sparkassengelder noch immer ein Zinssatz von 3 Proz. vor, allenfalls unter Erhöhung für auf längere Zeit gesperrte Einlagen. Diese Periode dürfte überall rasch zu Ende gehen. So haben die beiden großen Sparkassen in Hamburg ihren Zinsfuß schon von  $3\frac{1}{2}$  auf  $3\frac{3}{4}$  Proz. erhöht und sie gewähren bei gesperrten Einlagen sogar 4 Proz., ein Zinsfuß, der bereits in Mainz, Essen a. R. und Mülheim a. R. gewährt wird, von denen Essen und Mülheim gleichfalls bei Vereinbarung einer längeren Kündigungsfrist bis auf 4 Proz. gehen. Mit 4 Proz. verzinsen Spareinlagen: Stadtparkasse Dortmund, Sparkasse Freiburg i. B., Städtische Sparkasse in Gelsenkirchen, Stadtparkasse Hagen i. W., Spar- und Pfandleihkasse-Verwaltungen Karlsruhe, Mannheim und Stuttgart (die beiden letzten vom 1. Juli 1913 ab, vorher beide  $3\frac{3}{4}$  Proz.). Allmählich rücken hier die letzten widerstrebenden Kassen nach. So erhöhte Leipzig ab 1. Januar 1914 den Zinsfuß von 3 auf  $3\frac{1}{2}$  Proz.; das bedeutet bei einem Einlagenbestande von rund 110 Millionen Mark eine jährliche Zinsenmehreinnahme der Kunden von rund 550000 Mk. Nunmehr vollzieht auch Berlin vom 1. April 1914 ab den gleichen Übergang von 3 auf  $3\frac{1}{2}$  Proz.

Manche neue Schwierigkeit entsteht dadurch natürlich für die Interessenten des Baugewerbes und des Hausbesitzes. Vielleicht überschätzt man diese ungünstige Nachwirkung, denn im großen und ganzen haben sich auch die Sparkassen bei Hypothekengewährungen nicht von ihren besonderen inneren Verhältnissen, sondern von der allgemeinen Lage des Geldmarktes leiten lassen; sie haben an Außenstehende nichts verschenkt, weil sie zufällig die zuströmenden Gelder «billiger» erhielten. Aber immerhin enthält eine verteuerte eigene Geldzuführung einen stärkeren Anreiz, beim Zinsfuß für Hypothekendarlehen alle mildernenden Erwägungen und Rücksichten mehr als früher beiseite zu setzen. So berichtet man aus Leipzig gleichzeitig mit der Mitteilung über die Veränderung des Einlagezinsfußes: man werde, «um wenigstens einen Teil dieser Mehrausgabe hereinzubringen, den Zinsfuß der alten 4- und  $4\frac{1}{2}$ -prozentigen Hypotheken ab 1. April 1914 auf  $4\frac{1}{4}$  Proz. erhöhen; neue Hypotheken werden, wie schon seit Jahr und Tag, nur zu  $4\frac{1}{2}$  Proz. bewilligt.

Eine Hauptverlegenheit der Sparkassen bildete in den letzten Jahren die Entwertung ihres Besitzes an Staats- und Kommunalanleihen. Darauf wurde genügend oft zurückgekommen, und hierin ist wohl der Tiefpunkt als erreicht anzusehen. Auch zeitweise Paniken, wie während des Balkankrieges, haben sie kaum nochmals zu fürchten. Durch die Zinsfußerhöhung haben sie die weitere Gefahr, die Konkurrenz der Depositenbanken, abzuwenden gesucht; man muß abwarten, mit welchem Erfolg. Gerade Berlin, der mit Bankkassen übersäte Platz, bedurfte der Reformen am dringendsten, denn hier waren zeitweise die Einlagen sogar absolut zurückgegangen: im Jahre 1912 um nicht weniger als 5,75 Millionen Mark, während im Jahre 1911 doch noch immer eine Zunahme von 13,75 Millionen Mark gebucht werden konnte. Im Gesamtsaatspreußen ist die Zunahme der Einlagen ununterbrochen geblieben, aber sie zeigte doch eine Abschwächung gegen die Vorjahre: sie betrug 1912 600 Mill. Mk. (verg. oben die Anfangs- und Endziffern von 1912), blieb damit aber zurück: um 130 Millionen Mark hinter der Zunahme von 1911, um 174 Millionen Mark hinter 1910, und noch immer um 164 Millionen Mark hinter 1909. Dabei haben Teuerungsverhältnisse und ähnliches mitgewirkt; aber zweifellos ließ auch die alte überlieferte Geschäftsführung viel zu wünschen übrig. Nach Max Schippel.

## Handelspolitik und Schutzzölle.

V.

Über das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Freihandel oder Schutzzoll haben in der Partei von jeher verschiedene Meinungen bestanden. Aber Schutzzoll und Freihandel sind für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung keine Fragen von entscheidender Bedeutung. Sie können wohl zu einer großen Bedeutung zu gewissen Zeiten werden, aber die Arbeiter betrachten im wesentlichen diese Fragen als ein Problem der bürgerlichen Klassen. Schutzzoll und Freihandel haben für die Arbeiterklasse erst indirekte Bedeutung. Denn die Arbeiter-

klasse wird durch die Produktion ausgebeutet, alles andere wirkt erst durch die Folgen.

Die kapitalistische Ausbeutung kann sowohl unter Freihandel als auch unter Schutzzoll bestehen. Erst durch die Fragen der billigen Lebensmittel, der Steuerpolitik usw. kann die Schutzzollpolitik wohl einwirken. Wenn wir nun auch wissen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur durch die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise geschehen kann, so haben wir uns doch seit jeher auch mit den kleinen Fragen beschäftigt, die die Lage der Arbeiter günstig oder ungünstig beeinflussen können. Je mehr der Kapitalismus sich entwickelt, um so wichtiger werden aber gerade diese Fragen. Als Verbraucher der Waren hat die Arbeiterklasse heute eine viel größere Bedeutung als zu der Zeit, wo Marx sich darüber äußerte. Heute ist die Arbeiterklasse in ihrer Lebenshaltung abhängig von der Zollpolitik nicht nur des eigenen Landes, sondern auch der anderen kapitalistischen und nichtkapitalistischen Länder.

Unsere Gesellschaft teilt sich in zwei Klassen die proletarische und die kapitalistische. Letztere aber teilt sich wieder in die industrielle und die agrar landwirtschaftliche Klasse. Die beiden letzten Klassen aber wollen sich mit Hilfe der Arbeitskraft einen Profit verschaffen. Sie beuten die Arbeiter aus, eignen sich den Mehrwert an. Die agrarische Klasse bezieht außerdem noch die Grundrente. Diese gibt ihr einen Extraprofit, den die industriellen Unternehmer nicht haben. Wer Grund und Boden besitzt, hat damit ein Monopol. Die Nachfrage nach Grund und Boden steigt sich in normalen Zeiten, weil sich die Menschen vermehren; der Grund und Boden wird dadurch teurer, denn er läßt sich nicht beliebig vermehren. Die Grundrente zu steigern ist das letzte und wichtigste Prinzip der Agrarier. Das gelingt ihnen umso eher, je mehr durch die Ausschließung der ausländischen Konkurrenz ihr Profit zunimmt.

Heute ist die Arbeiterklasse eine Macht geworden, die in den Fragen der Schutzzoll- und Handelspolitik ein Wortchen mitreden kann. Gerade die letzte Fleischsteuerung hat uns gezeigt, daß wir nicht mehr ganz ohnmächtig sind. Wenn es auch nur wenig war, was wir erreichten, so hat es uns aber gezeigt, daß unsere Agitation nicht nutzlos ist.

Ein Teil unserer eigenen Parteifreunde argumentiert folgendermaßen: Der Freihandel führt dazu, daß die amerikanische und englische Konkurrenz unsere deutsche Industrie und auch die Landwirtschaft vernichtet. Dann haben unsere Arbeiter zwar billige Lebensmittel, aber keine Arbeit. — Wir aber antworten darauf: Wenn die Kapitalistenklasse durch Zölle von der Konkurrenz des Weltmarktes ausgeschlossen ist, dann hat sie gar kein Interesse an der Entwicklung der Technik, und sie hat auch gar kein Interesse an der Arbeiterklasse. Der Schutzzoll ist aber direkt eine Prämie auf schlechte Löhne und schlechte Arbeitsverhältnisse. Anders unter dem Freihandel. Da müssen sich die Unternehmer um billige, vor allem aber um gute Waren kümmern. Dazu gehören aber kräftige, gut ernährte und intelligente Arbeiter, denen der Kapitalist auch Freiheiten gewähren muß. Warum ist die englische Industrie in die Höhe gekommen? Weil die Arbeiter dort höhere Löhne und bessere Arbeitsverhältnisse hatten und haben. Ebenso ist es in der amerikanischen Industrie. Der Arbeiter lebt unter dem Freihandel billiger und besser, seine Aussichten sind in jeder Beziehung besser als unter dem Schutzzoll. Aber auch aus rein politischen Gründen müssen wir zu demselben Standpunkte kommen. Die Schutzzoll-Parteien sind immer reaktionäre Parteien. Es sind immer dieselben, die die Arbeiter auch wirtschaftlich, politisch und rechtlich unterdrücken wollen.

Woher kommt es aber, daß die Großindustriellen für Schutzzölle eintreten? Nun, hier wächst eine Hand die andere. Sie haben sich mit den Agrariern gegenseitig die Zölle bewilligt, aber erst, als die Kartelle entstanden, die gerade durch die Schutzzölle gegründet wurden, um nach dem Auslande billiger zu liefern als nach dem Inlande. Denn wenn keine Waren eingeführt werden können, dann können die Kapitalisten im Inlande teure Preise nehmen und dafür an das Ausland billiger verkaufen.

Nun kommt für die Arbeiterklasse noch ein besonders wichtiger Grund hinzu, der für den Freihandel spricht. Der Schutzzoll fördert den Krieg, der Freihandel den Frieden. Denn Schutzzölle können sehr leicht kriegerische Verwicklungen mit sich bringen. Aber der Schutzzoll provoziert auch, weil das Ausland auf unsere Zölle mit ebenfalls hohen Zöllen antworten muß. So werden Rohstoffe, die eingeführt werden müssen, versteuert. Wenn das nun alle Länder machen, müssen die Länder in ihren Kolonien Ersatz suchen. Und wenn alle Länder diesen Ausweg suchen, dann entstehen um diese Kolonien ernste Konflikte, die, wie die Marokkowirren, leicht zu Kriegen führen können. Das fällt alles beim Freihandel fort. So ist der Freihandel eine Gewähr für den Frieden gewesen. In der Tat haben wir Kriege, die aus wirtschaftlichen Momenten geboren wurden, nur in Zeiten der Hochschutzzölle gehabt.

Schließlich hat die Arbeiterklasse den letzten und höchsten Grund, für den Freihandel einzutreten, weil dieser ihrem Ziele näher liegt als der Schutzzoll. Denn Freihandel heißt möglichste Entwicklung

der Technik, heißt größte Entwicklung der Intelligenz der Arbeiterklasse. Das aber bedeutet Beschleunigung des Untergangs der kapitalistischen Produktionsweise und damit Beschleunigung des Sieges der sozialistischen Arbeiterbewegung. g. a.

## Ein amtliches Urteil über das Taylor-System.

Der deutsche Übersetzer von Taylors «Principles of Scientific Management», Dipomingneur Dr. Roessler, bemerkt in seinem der Übersetzung beigegebenen Vorwort, daß in Amerika auch staatliche Betriebe sich die Vorteile des Systems zunutze gemacht hätten. Es bestünde in den Werkstätten der Marine, und der Kriegsminister habe seine Einführung ernstlich in Erwägung gezogen. Auch wird in dem Vorwort mitgeteilt, daß das Repräsentantenhaus eine Kommission eingesetzt habe mit dem Auftrag, die Vor- und Nachteile des Taylor-Systems und ähnliche Betriebsleitungsarten zu untersuchen. Die Kommission habe in ihrem Bericht den durch die Einführung der Taylorschen Gedanken geschaffenen Nutzen voll anerkannt und sich mit den meisten der von Taylor aufgestellten Grundsätze durchaus einverstanden erklärt; sie habe nur einige, dem Übersetzer nicht recht wesentlich erscheinende Änderungen: die Einführung des Prämienlohnsystems und die Anwendung der Steduhr nur mit Zustimmung der Arbeiter stattfinden zu lassen, empfohlen.

Zunächst sei bezüglich der Zahl der staatlichen Betriebe, in denen das Taylor-System eingeführt worden ist, erwähnt, daß es sich hier um zwei Betriebe handelt, und zwar um das Watertown-Arsenal in Massachusetts und das New York Navy Yard. Dabei ist aber in beiden Betrieben das Taylor-System nicht in seinem ganzen Umfange, sondern nur in einigen seiner Methoden eingeführt. Und was die Untersuchung der vom Repräsentantenhaus eingesetzten Kommission betrifft, so mag der Leser, dem sie in ihren wesentlichen Teilen wiedergegeben werden soll, selber urteilen, ob und inwieweit Dr. Roessler befugt ist, sie als eine Anerkennung und Rechtfertigung des Taylor-Systems auszulassen. Zunächst einiges über die Entstehung und das Wirken der genannten Untersuchungskommission. Am 14. April 1911 brachte der Abgeordnete Pepper im Repräsentantenhaus einen Antrag ein, der eine Untersuchung der Taylorschen Betriebsführung forderte. Der Antrag wurde dem Ausschuß für Arbeiterangelegenheiten überwiesen. Der Ausschuß stellte Verhöre an und beantragte in seinem Bericht an das Haus, die Untersuchung auf andere Arten der sogenannten wissenschaftlichen Betriebsführung auszudehnen. Das Haus nahm den Antrag an und beschloß, einen Sonderausschuß, bestehend aus drei vom Präsidenten zu ernennenden Mitgliedern, mit der Untersuchung der Frage zu betrauen. Der dem Sonderausschuß gegebene Auftrag lautete: «Das Taylor-System und andere Arten der Betriebsleitung zu untersuchen und diese Untersuchung zu erstrecken auf die Anwendbarkeit in Staatsbetrieben, die Wirkung auf Gesundheit und Bezahlung der Arbeiter, Ausgaben für Löhne und Erzeugungskosten und auf andere damit verbundene Dinge, die geeignet sind zu einem vollen Verständnis der mit der Einführung des Taylor-Systems gegebenen Ergebnisse.» Der Ausschuß begann seine Untersuchung mit den beiden Betrieben der Heeres- und Marineverwaltung, wo das Taylor-System in Gebrauch ist, setzte sie fort in namhaften, ebenfalls nach dem Taylor-System arbeitenden Privatbetrieben und schloß sie im Bureau des Ausschusses für Arbeiterangelegenheiten, wobei Angestellte der staatlichen Verwaltungen, Ingenieure, darunter Herr Taylor selber, und Vertreter der Arbeiter sorgsam vernommen wurden; jeder der Vernommenen hatte außerdem Gelegenheit seinerseits Fragen zu stellen. Der Ausschuß besuchte außerdem noch eine Anzahl Betriebe, wo das Taylor-System eingeführt war. Die Vernehmungen sind niedergelegt in drei umfangreichen Bänden, deren Studium den deutschen Regierungen empfohlen werden soll als Beispiel, mit welcher Gründlichkeit und Sorgfalt in anderen Ländern an Arbeiterfragen herangegangen wird. Es ist hier unmöglich, auf irgendwelche Einzelheiten der Vernehmungen einzugehen; es mag genügen, den Bericht, den der Ausschuß am 9. März 1912 an das Repräsentantenhaus erstattete, in seinen wesentlichsten Teilen wiederzugeben. Der Bericht erklärt, das der Ausschuß eine Anzahl Zeugen über die verschiedenen Arten der Betriebsführung, wie sie in einer beschränkten Anzahl von Betrieben im Lande in Gebrauch oder in der Einführung begriffen seien, vernommen habe, besondere Aufmerksamkeit habe man dem Taylor-System gewidmet, weil dieses teilweise in zwei staatlichen Betrieben eingeführt werde und seine Einführung in andere staatliche Werkstätten ernstlich erwogen werde. Dann heißt es: «Taylor und andere haben Großes geleistet in der Ausarbeitung wissenschaftlicher Methoden für die Betriebsführung, aber weder Taylor noch sonst wer hat dem Ausschuß ein so vollständiges und vollkommenes System vorlegen können, daß eine Empfehlung gerechtfertigt wäre in der Hinsicht, es in seiner Gesamtheit in irgend einen Staatsbetrieb einzuführen. Jede radikale Änderung im Werkstättenbetrieb sollte in einer allmählichen Entwicklung aus dem Vorhandenen bestehen. Auch die gegen-



wärtigen Systeme (oder der Mangel eines Systems) mit ihren guten und schlechten Seiten sind das Ergebnis einer langen Entwicklung. Keine drastische oder radikale Änderung sollte derhalb auch an dem Bestehenden plötzlich oder auch nur schleichend durch ein Gebot von oben vorgenommen werden. Der Mensch hat sich an das Gute wie an das Schlechte in dem System, unter dem er arbeitet, gewöhnt. Er kennt und billigt das Gute, er weiß auch, wie er das Üble bekämpft. Er hegt von Natur aus den Verdacht, daß lediglich eigensüchtige Beweggründe hinter dem plötzlichen Wechsel stecken. Vertrauen ist eine Pflanze, die langsam wächst. Deshalb sollte weder das Taylor- noch ein anderes System von oben herab ohne Einverständnis mit der Arbeiterschaft eingeführt werden. Jedes System der Betriebsführung sollte das Ergebnis gegenseitiger Vereinbarung und Zustimmung sein, und so etwas erfordert Zeit. Mit der Regierung in der Fabrik sollte es sein wie mit der Regierung in einem Staate: sie sollte ihr Amt führen mit der Zustimmung der Regierten!\*

Der Bericht gibt weiter als die Meinung des Ausschusses kund, daß niemand, und es sei das auch von keiner Seite geschehen, sich ernstlich einem System widersetzen könne, das die Arbeit so gestaltet, daß eine größere Arbeitsleistung mit demselben Maß von Arbeitskraft erzielt werde: »Unternehmer wie Arbeiter haben in gleichem und die Allgemeinheit in besonderem Maße ihren Vorteil darin zu erblicken, die höchste Menge und die beste Beschaffenheit der Arbeitsergebnisse bei der jeweils verausgabten Arbeitskraft zu erzielen. Wir alle haben Grund, Einrichtungen zu fördern, die diesem Ziele zustreben. Nur wenn es an die Verteilung des Arbeitsertrages geht, scheiden sich die Interessen. Daraus folgt, daß ein Betriebssystem, das die Macht der Arbeiter, ob einzeln oder gemeinsam, sich den ihnen gebührenden Anteil am Arbeitsertrage zu sichern, lahmlegt, als eine Gefahr für die Gesamtheit anzusehen ist. Die Ergiebigkeit der Gütererzeugung darf nicht erzielt werden auf Kosten der Männer, Frauen und Kinder, die da schaffen und die als die hauptsächlichsten Nutznießer der erhofften Gütererzeugung angesehen werden sollten. Wir mögen trachten, die besten Ergebnisse in der Menge und der Art der Gütererzeugung zu erzielen und Frauen und Männer zur Erzielung dieser Ergebnisse geeignet zu machen, aber das soll nicht nur geschehen, indem man sie in jeder Weise bei Gesundheit und körperlich und geistig bei Kräften erhält, sondern indem man ihnen auch ermöglicht, an ihrem eigenen Glück und Zufriedensein zu arbeiten und sich ein Einkommen zu sichern, das ihnen gestattet, so zu leben, daß sie genug Muße und Selbstachtung haben, um des ertrischenden Einflusses ihrer geistigen und sittlichen Gesundheit froh zu werden.«

Der Ausschuß gibt in seinem Bericht sodann eine kurze Erläuterung vom Wesen des Taylor-Systems. Er teilt es in drei Untersysteme: Standardisierung, Systematisierung und Stimulierung — wobei unter Standardisierung die Vereinfachung der Maschinen und Werkzeuge, unter Systematisierung die planmäßige Regelung und Zerlegung des Arbeitsvorganges, Ausschaltung unnötiger und störender Bewegungen usw., unter Stimulierung die Anfeinerung des Arbeiters zu möglichst hoher Leistung verstanden wird. »Die Ergiebigkeit der Arbeit« — fährt dann der Bericht fort — kann im ganzen oder zum Teil erzielt werden durch eine dieser Methoden, durch zwei von ihnen oder durch alle drei. Jede einzelne wie alle drei zusammen können bis zu einer bestimmten Grenze getrieben werden. Bei der Standardisierung und Systematisierung würden die Kosten, die bei der Überschreitung dieser Grenze entstehen, als ein Hemmnis für ihre weitere Ausdehnung wirken, aber dieses Hemmnis ist nicht vorhanden bei der Stimulierung, die auf den Arbeiter angewendet wird. Die Kosten der Systematisierung und der Standardisierung werden von der Betriebsleitung getragen, während die Ausgaben der Stimulierung in der Form erhöhter Arbeitskraft von Arbeitern getragen werden. Jedes System der Betriebsführung, das durch Standardisierung und Systematisierung eine Last schafft, die zu schwer ist für den Betrieb, oder durch Stimulierung eine Last, die zu schwer für den Arbeitmann ist, sollte nicht angewendet werden.«

Bekanntlich laßt das Taylor-System zum guten Teil auf der Anschauung, daß die Arbeiter nicht ihre volle Kraft hergeben, daß die meisten von ihnen aus Drückebergern und Faulenzern bestehen und Taylor rechnet es seinem System ja als besonderes Verdienst an, daß es vermag, die angeblich vorenthaltenen Arbeitskraft aus dem Arbeiter herauszuholen. Hierüber sagt der Bericht der Untersuchungskommission:

»Daß es unter den Arbeitern einige Bummler und Drückeberger gibt, ist durch die Aussagen vor dem Ausschuß erwiesen worden, aber es ist doch nicht allgemein, noch findet es in häufigen Fällen im Vergleich mit der Gesamtzahl der Arbeiter statt. Eine vernünftige Betriebsleitung könnte der Bummel unter jedem System ein Ende machen oder sie doch so einschränken, daß sie kein ernstliches Hindernis für die Arbeit wäre. Weil es einige Drückeberger gibt, liegt kein Grund vor, entweder den übrigen Teil der Arbeiter anzutreiben oder ihn gar zu veranlassen, seine Kraft bis zum Zusammenbruch anzuspannen. Das kann nützlich sein

im Hinblick auf das geringste Maß der Kosten, aber kein wirtschaftliches Bedürfnis kann die Anspannung des Arbeiters bis zum Höchstpunkt rechtfertigen, wenn er es auch, ohne an Gesundheit und Kraft Schaden zu erleiden, tagaus, tagein und Jahr für Jahr auszuhalten vermöchte. Das heiße den Arbeiter auf die Stufe eines Lasttieres stellen, das jeden Tag einbringt, um ein bestimmtes Maß von Arbeit zu verrichten. Es ist ein Unterschied zwischen der Arbeit des Drückebergers und der für einen Mann ermittelten Höchstleistung, und in diesem Spielraum liegt die eigentliche Tagesleistung, deren vernünftiges Maß nur durch die praktische Erfahrung und gute Beobachtung bestimmt werden kann, nicht aber durch die Steduhr oder sonst ein Zeitmeßwerkzeug, das nur eine kurze Zeitspanne genügt. Die Steduhr mag die Zeit bestimmen können, in der ein Stück Arbeit gemacht werden kann, aber man kann mit ihr nicht die Länge der Zeit ermitteln, in der es getan werden sollte. An einer Maschine kann man die Operationen der Zeit nach studieren, und zwar, da bei der Berechnung alle Einzelheiten in Betracht gezogen werden können, mit einem hohen Maß von Genauigkeit. Eine Maschine ist ein lebloses Ding, sie hat weder Leben noch Gefühl und auch keinen Platz in der sozialen Ordnung. Mit dem Arbeiter ist es eine andere Sache. Er ist ein lebendes, sich bewegendes, fühlendes und soziales Wesen, er ist berufen zum Genuß aller Rechte und Lebensmöglichkeiten und hat Anspruch auf Beachtung und Berücksichtigung wie jeder andere Mensch. Er würde aber weniger als Mensch sein, wenn er sich nicht auflehnte gegen ein System, das mit ihm umgeht wie mit einem Lasttier oder einer leblosen Maschine.«

Der Bericht des Ausschusses läßt sich dann eingehend über das Wesen der Standardisierung, Systematisierung und andere, die technische Seite des Taylor-Systems betreffende Kunstgriffe (Planning, routing etc.) aus. In seiner Zusammenfassung ist der Ausschuß der Meinung, daß das Geistes- und Gefühlsleben des Arbeiters zu veränderlich und zu wenig erfaßbar ist, um darauf sein wirtschaftliches Wohlergehen zu gründen. Die Standardisierung und Systematisierung der Arbeit könne erfolgreich eingeführt werden, ohne daß in geistiger Hinsicht abgewichen zu werden brauche von dem bisherigen Zustande, aber was die Stimulierung betreffe, so möge die Änderung der Gesinnung, vermöge deren der Arbeiter eine höhere Leistung für denselben Lohn gebe, dem Unternehmer willkommen sein, sie sei aber nicht immer so wünschenswert für die Arbeiter. Der Ausschuß stellt sodann fest, daß von Seiten der vernommenen Arbeiter keine ernstlichen Einwände gegen die Standardisierung und Systematisierung gemacht worden seien, aber entschieden hätten sie sich gegen die Stimulierung gewendet, und zwar deshalb, weil sie zur Schädigung der Gesundheit durch Überarbeit beitrage und weil, wenn auch die Löhne eine Zeitlang steigen möchten, die Arbeiter doch schließlich gezwungen wären, eine größere Energie aufzuwenden ohne angemessene Erhöhung des Lohnes: Weiter heißt es dann:

»Nach der Meinung des Ausschusses besteht der beste Ansporn, der die Arbeit in einem Betriebe fördern kann, darin, auf seiten der Arbeiter den schönen Geist der Zusammenarbeit mit der Leitung zu schaffen und zu erhalten. Das kann allerdings nicht geschehen durch Beobachtung und Abgrenzung der Handgriffe des Arbeiters mit der Steduhr, weil der Arbeiter in einem solchen Verfahren, das ihn einem Tier oder einer Maschine gleichstellt, eine Entwürdigung sieht, oder weil er eine derartige Zeitalle als ungenau und daher als ungerecht und schädlich für sich betrachtet, oder wenn er weiß, daß sie als Grundlage für die Berechnung der Löhne und den Lohn seiner Arbeit nach dieser Elle bemißt, und daß diese Berechnung dazu dient, dem Unternehmer auf Kosten seiner Arbeiter höheren Profit zu verschaffen. Eine gerechte Stücklohnbasis mag ohne Schaden die Arbeiter anspornen bei der dauernden Herstellung gleichmäßiger Stücke, vorausgesetzt, daß die Arbeiter sich zu schützen vermögen gegen die Macht der Betriebsleitung, die sich auf sie als einzelne richtet, um sie zu Leistungen über ihre Kraft anzutreiben, und vorausgesetzt ferner, daß sie, wenn der Stücklohn einmal festgesetzt ist, sie mit Sicherheit eine Herabsetzung verhindern können, falls die Produktionsmethode sich ändert oder doch die Herabsetzung im Verhältnis halten können zu der körperlichen und geistigen Kraft, die bei der Arbeit verausgabt wird. In welcher Form die Stimulierung auch angewendet wird, muß stete Sorge getragen werden, daß die Beschaffenheit der erzeugten Güter nicht der Menge geopfert werde.«

Was die Wirkung des Taylor-Systems und ähnlicher Arten der Betriebsleitung auf die Erzeugungskosten, auf die Gesundheit und Entlohnung der Arbeiter betrifft, so hält der Ausschuß das Alter der wissenschaftlichen Betriebsleitung für zu gering, um darüber mit Genauigkeit Auskunft zu geben. Die Ergebnisse, zu denen der Ausschuß in dieser Beziehung gelangte, seien zu betrachten als die logischen Schlussfolgerungen aus den Verhältnissen, wie sie angewendet oder vorgeschlagen würden. Die Wahl des für die einzelnen Staatswerkstätten geeigneten Systems sei in weltumfänglicher Sache der Verwaltung; der Ausschuß halte es weder

für rätlich noch für förderlich, irgendwelche Vorschläge für gesetzgeberische Maßnahmen auf diesem Gebiete zu machen. Der Bericht schließt:

»Wir empfehlen, wo immer möglich, in Staatsbetrieben die Vereinfachung der Maschinen, Schrauben usw., wobei die Leitung darauf sehen soll, daß die Kosten dieser Vereinfachung nicht die Vorteile übertreffen, die sie mit sich bringt. Die Leitung soll ferner ihre Aufmerksamkeit der planvollen Gestaltung des Arbeitsprozesses, der Aufstellung der Maschinen, der Beschaffung der nötigen Werkzeuge und Materialien und der Ausschaltung unnützer Bewegung auf Seiten des Arbeiters zuwenden. Sorgsames Studium der Maschinen zur Erzielung einer möglichst großen und guten Produktion. Und endlich sollte die Betriebsleitung mit allen Mitteln auf ein volles Zusammenwirken mit den Arbeitern hinwirken und sollte deshalb mit der Arbeiterschaft in der offensten, freiesten und aufrichtigsten Weise verhandeln und jede denkbare Gelegenheit zur Besprechung und Beratung solcher Maßnahmen geben, die dem Wohle der Arbeiter dienen können. Zeitstudien mit der Steduhr sollten mit den Arbeitern nicht ohne deren Zustimmung gemacht, noch sollten ihnen von oben herab Verpflichtungen auferlegt werden, die als unwürdige Zumutungen gelten können. Stücklohn mag da eingeführt werden, wo Arbeitsstücke in dauernder Wiederholung in Frage kommen, aber mit der ausdrücklichen Vereinbarung, daß der Stücklohn nicht herabgesetzt werden darf, wenn nicht die Produktion sich technisch ändert. In anderen Fällen soll der gerechte Tagelohn dem höchsten in der Umgegend des Staatsbetriebes für eine ähnliche Arbeit gezahlten Lohn entsprechen, wenn nicht durch bellersseitige Vereinbarung Bonus oder Prämie eingeführt worden ist — aber das nur unter gewissenhafter Beachtung, daß der Arbeiter volle Gelegenheit hat, sein Einkommen ohne die Gefahr der Überanstrengung zu erhöhen, mit der Leitung der Organisation zu verhandeln, wenn er es wünscht, und stets und leicht Zugang zu der Leitung zu haben, wenn er sein Wohlergehen für bedroht hält.«

Das ist der Bericht des vom Repräsentanten-hause der Vereinigten Staaten eingesetzten Ausschusses, der das Taylor-System und ihm verwandte Arten der Betriebsleitung zu untersuchen hatte. Dr. Roessler, der Übersetzer Taylors, schreibt, daß der Ausschuß sich mit den meisten der von Taylor aufgestellten Grundsätze durchaus einverstanden erklärt und nur einige ihm, dem Übersetzer, nicht recht wesentlich erscheinende Änderungen vorgeschlagen habe. Ach nein, der Ausschuß spricht sich in einem sehr wesentlich erscheinenden Punkte gegen das Taylor-System aus, in einem Punkte, den auch Taylor selbst als die Grundlage seines Systems hervorhebt und der auch vor allem den Stein des Anstoßes für die Arbeiter bildet. Taylor nennt sein System nicht zum wenigsten deshalb ein »wissenschaftliches«, weil er der Meinung ist, daß dessen Grundsätze von dem gewöhnlichen Arbeiterstande nicht begriffen werden. Der Arbeiter wird also nicht gefragt, einmal seines Unverstandes, dann aber auch seines bösen Willens wegen, da Taylor in jedem Arbeiter den geborenen Drückeberger sieht, der absichtlich mit seiner Arbeitskraft zurückhält und sich deshalb auch nicht, wenn er unter seinergeleichen ist, der Anpassung an die wissenschaftliche Betriebsführung fügt. Er muß dazu gezwungen werden durch die Drohung mit der Entlassung oder er muß dazu überlistet werden durch Verheißung eines höheren Lohnes. Auf alle Fälle aber muß er allein vorgekommen und bearbeitet werden. Die Organisation der Arbeiter ist Taylor ein Greuel, er umgeht sie und möchte sie am liebsten ganz aus der Welt schaffen, weil sie die Arbeiter davon abhält, sich der wissenschaftlichen Betriebsleitung Taylors mit Haut und Haaren, mit Muskeln und Nerven, mit Denken und Fühlen zu überliefern. Und in diesem wesentlichen Punkte betont der Bericht des Ausschusses immer wieder das Recht des Arbeiters auf Mitbestimmung, wenn sein ganzes Ich mit Leib und Seele in Betracht kommt, betont er immer wieder den Unterschied des lebenden, denkenden und empfindenden Menschen von der toten Maschine, und betont er immer wieder den Vorrang des großen sozialen Körpers der Allgemeinheit vor dem Unternehmerprofit. Gegen die technische Vervollkommenung, gegen den organisatorischen Ausbau des Arbeitsprozesses, gegen das, was Taylor Standardisierung und Systematisierung nennt, haben auch die Arbeiter nichts einzuwenden, soweit damit nicht eine Überanstrengung ihrer Muskel- und Nervenkräfte verbunden ist. Sie wehren sich aber vor allem gegen ihre völlige Beiseitendrückung auf einem Gebiete, wo ihre ganze Persönlichkeit in Anspruch genommen wird; sie wehren sich gegen ihre Loslösung aus ihrem Berufsverbände und gegen das Ausspielen des eines Arbeiters gegen den anderen; sie wehren sich gegen die Auslieferung an ein Heer von Aufpassern, Anstreibern und Experimentierern; sie wehren sich gegen das, was Taylor Stimulierung nennt und was im Grunde darauf hinausläuft, den Arbeiter bis zum Zusammenbruch auszunutzen und in ihm jede Spur von Solidarität und Selbstachtung auszulöschen. Und in diesem sehr wichtigen Punkte steht die vom Repräsentanten-hause eingesetzte Untersuchungskommission auf der Seite der Arbeiter. A. E. (Aus dem »Korrespondenzblatt«.)



# Algemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

## Kassenbericht über das II. Quartal 1913.

Am Beginn des II. Quartals 1913 zählte der Verband 16591 Mitglieder. Eingetreten sind im Laufe des Quartals 199 mit und 498 ohne Eintrittsgeld, vom Militär zurück 4 und zugereist sind 903 Mitglieder.

Der Abgang verteilt sich wie folgt: Freiwillingig ausgetreten 80, ausgeschlossen wegen Beitragsresten usw. 191, zum Militär gekommen 3, gestorben 32 und abgereist sind 1035 Mitglieder.

Am Schlusse des Quartals waren demnach 16854 Mitglieder zu verzeichnen, wovon 16035 als Vollmitglieder einen Beitrag von 1,30 Mk. zahlen; 592 zahlen 1,00 Mk., 135 zahlen gemäß § 10 Absatz 2 b wöchentlich 0,80 Mk; der Krankenkasse allein mit einem Beitrag von 45 Pfg. gehören 48 Mitglieder an, während 36 einen wöchentlichen Beitrag von 0,40 Mk. für die Invalidenkasse und reserviertes Sterbegeld zahlen. Ferner befinden sich im obigen Mitgliederbestande auch 8 weibliche Mitglieder mit einem Beitrag von 0,60 Mk. wöchentlich.

Lehrlingsmitglieder waren am Beginn des Quartals 2338 vorhanden. Dem Zugang von 347 steht ein Abgang von 549 gegenüber, so daß am Schlusse des Quartals 2136 Mitglieder zu verzeichnen waren. Unter dem Ab-

gang befinden sich 390, welche ausgelernt und in den Verband übergetreten sind.

Zu den 309 Invaliden sind im Laufe des Quartals 19 hinzugekommen. Von den Invaliden sind 9 verstorben, 3 sind wieder arbeitsfähig geworden und 2 erhielten auf ihren Antrag hin eine Abfindungssumme. Zu den 323 Witwen sind 25 hinzugekommen. Eine Witwe ist verstorben, eine hat wieder geheiratet und eine hat auf ihren Antrag hin eine Abfindungssumme erhalten. Am Schlusse des Quartals waren demnach 314 Invaliden und 345 Witwen zu unterstützen.

Arbeitslos waren am Ende des Quartals 506 und krank 323 Mitglieder. Neue Erkrankungen entstanden im Quartal 1147. Vom Beitrag befreit waren während des Quartals insgesamt 3126 Mitglieder mit 15470 Wochen; und zwar wegen Arbeitslosigkeit 1684 Mitglieder 9894 Wochen, wegen militärischen Übungen 132 Mitglieder 302 Wochen und wegen Krankheit 1310 Mitglieder mit 5274 Wochen.

Der Bestand der Mitgliedschaften, welche im II. Quartal mit der Hauptkasse abrechneten, betrug 154.

Der Kassenbericht ergibt folgendes: Die Einnahmen betragen 257962,97 Mk., darunter für sonstige Einnahmen in der Hauptkasse 3108,54 Mk. und in den Mitgliedschaften 4557,20 Mk. Die sonstigen Einnahmen in der Hauptkasse bestehen in: Zinsen 2652,54, Inse- raten und Abonnements der »Graph. Presse« 456,00 Mk. Unter den sonstigen Einnahmen in den Mitgliedschaften befinden sich 3895,65 Mk. für Extrasteuer. Die Ausgaben betragen

282298,40 Mk., darunter sonstige Ausgaben in der Hauptkasse 82552,14 Mk. Unter diesen befinden sich: Für Agitation 753,15, für die Zentralkommissionen (Arbeitsnachweis, Tarifamt, Konferenzen etc.) der Lithographen 6,00, Steindruckers 5,00, Chemigraphen 1193,02, Lichtdrucker 127,22, Formstecher 71,35, Photographen 132,85, Zuschuß Gau Hamburg 300,00, Frankfurt a. M. 600,00 und Cöln 179,30, Beitrag an die Generalkommission 563,90, internationalen Beitrag 894,50 Mk. zurückgezahlte Darlehen 70000,00 und für Zinsen 7725,85 Mk. Die sonstigen Ausgaben in den Mitgliedschaften von 4203,84 Mk. bestehen in Agitation und Kartellbeiträgen. Für Krankenunterstützung sind in diesem Quartal 50415,90 (I. Quartal 53240,20) Mk., für Arbeitslosenunterstützung 35171,08 (I. Quartal 39960,05) Mk. ausgegeben. Bei der Invalidenunterstützung ist zu bemerken, daß sich unter diesem Betrag 1400 Mk. für Abfindung an 2 Invaliden befinden, außerdem 127,25 Mk. für zurückgezahlte Invalidenkassenbeiträge. — Unter den Verwaltungskosten der Hauptkasse, die in diesem sowie auch schon im ersten Quartal 1913 höher waren als gewöhnlich, befinden sich die Ausgaben für die Herstellung der neuen Mitgliedsbücher und Kartothekkarten. Es handelte sich um ca. 15000 Bücher und mehr als 17000 Karten, für deren pünktliche Berechnung und Ausfüllung die Einstellung von Hilfsarbeitern notwendig war.

Der Kassenbestand des Verbandes (inkl. Bestand in den Mitgliedschaften von 49253,64 Mk., welcher als Vorschuß zurückbehalten ist) betrug am Schlusse des Quartals 230715,16 Mk.

Der Hauptvorstand.

## Übersicht über die Gesamt-Einnahmen und Gesamt-Ausgaben im II. Quartal

Einnahmen:

April - Juni 1913.

Ausgaben:

	Mk.	Pf.
Für 199 Eintrittsgelder à 1,30 Mk.	258	70
" 183273 Wochenbeiträge à 1,30 "	238254	90
" 7408 " " " " " " " " " "	7408	—
" 1612 " " " " " " " " " "	1289	60
" 579 " " " " " " " " " "	260	55
" 395 " " " " " " " " " "	158	—
" 92 " " " " " " " " " "	55	20
" 25508 " " " " " " " " " "	2550	80
" Strafgeelder " " " " " " " " " "	57	10
" Portoersatz " " " " " " " " " "	4	38
" sonstige Einnahmen in den Mitgliedschaften	4557	20
" " " " " " " " " " " "	3108	54
Summa:	257962	97
Kassenbestand vom I. Quartal 1913 in den Mitgliedschaften	45664	85
" " " " " " " " " " " "	209385	74
Summa:	513013	56

	Mk.	Pf.
Für Lohnbewegung	271	92
" Maßregelungsunterstützung	1568	40
" Rechtsschutz	20	30
" Umzugskosten	3534	78
" Reiseunterstützung	5542	62
" Arbeitslosenunterstützung	33495	08
" Unterstützung bei militär. Übungen	1676	—
" Krankenunterstützung	49111	50
" " " " " " " " " " " "	1304	40
" " " " " " " " " " " "	12343	27
" " " " " " " " " " " "	18941	39
" " " " " " " " " " " "	24983	95
" " " " " " " " " " " "	12451	37
" " " " " " " " " " " "	3100	—
" " " " " " " " " " " "	350	—
" " " " " " " " " " " "	50	—
" Gehalt der Angestellten (inkl. Redakteur u. Pension Dietrich)	8187	50
" Honorar in den Mitgliedschaften	6439	61
" Graph. Presse und Graph. Rundschau	9802	77
" Gaubeiträge (1% der Vollbeiträge)	2367	56
" sonstige Ausgaben in den Mitgliedschaften	4203	84
" " " " " " " " " " " "	82552	14
Summa:	282298	40
Kassenbestand am Schlusse des 2. Quart. 1913 in den Mitgliedschaften	49253	64
" " " " " " " " " " " "	181461	52
Summa:	513013	56

Berlin, den 22. November 1913. Wilh. Brall, Hauptkassierer.

Für die Revisoren:

Für den Vorstand:  
Otto Sillier. Paul Lange.

Paul Magel, Treptow b. Berlin, Paul Günther. Rich. Arndt.  
Baumschulenstr. 67.

## Sie trauen dem Verbands- und seinen Funktionären nicht!

In den Thüringer Kleinstädten ist noch romantische Vorliebe für Kleinbetriebe und Hausindustrien. Eine solche Romantik herrscht auch in der »bösen Ecke« (Pöbneck i. Thür.), wo in unserer Branche kleine Meister sind, die nicht leben und sterben können. Professor Lujo Brentano-München weint solchen kapitalarmen, mit veralteter Technik wirtschaftenden Betriebsunternehmern, wenn sie dahingehen, keine Träne nach. Wenn die Lohnzahlungsverhältnisse so sind, daß der Arbeiter für geleistete Arbeit nicht den vollen Wochenlohn erhält, sondern auf »Raten« (sonderbare Zahlungsarten sind uns schriftlich und mündlich von allen in Pöbneck beschäftigten Kollegen bekannt geworden) gestellt ist, so ist das ein großer Mißstand, der bei Engagements doch zur größten Vorsicht mahnt.

Sendet da ein Kollege an die Firma Heue & Berlich in Pöbneck seine Muster ein. Aber er kann sie nicht wieder zurückhalten und er ersucht deshalb den Verbandsfunktionär in Saalfeld, doch der Firma in der »bösen Ecke« zu bedeuten, daß sie ihm seine eingesandten Muster sofort zurücksenden

solle. In den beiden größten Saalfelder Firmen sind ja solche »Vergessenheiten« bei der Rücksendung der eingesandten Muster auch schon einige Male vorgekommen; auf Ersuchen der Verbandsleitung am Orte wurden dann aber die Muster sofort an die betreffenden Kollegen zurückgesandt und die »Vergesslichkeit« also wieder gut gemacht. Anders die Firma H. & B. in P.! Auf eine höfliche Aufforderung der Saalfelder Verbandsleitung, doch dem Kollegen die eingesandten Muster zurückzusenden, da er sie benötige, ging folgendes originelles Antwortschreiben bei unserem Saalfelder Vorsitzenden ein:

»Auf Ihre Postkarte vom 18. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß wir ja an dem Auftrag, der Ihnen von ... zu Teil wurde, nicht zweifeln, immerhin aber eine direkte Aufforderung von dem jungen Manne (!) abwarten wollen. Wir nehmen an, daß derselbe noch eine Postkarte dazu haben wird. Muster und solche Sachen senden wir auf direkte Aufforderung des Einsenders, nicht aber auf eine solche aus zweiter oder dritter Hand.

Hochachtung Heue & Berlich.

Bemerkten möchten wir nebenbei, daß der »junge Mann« schon 26 Jahre alt ist, also nicht

viel jünger wie Herr Heue war, als er Prinzipal wurde.

Im Übrigen müssen wir gestehen, daß wir lange nicht so heiter gestimmt waren, als nach dem Lesen dieses Schreibens. Wahrscheinlich sollte damit dem »bösen« Verbandsfunktionär in Saalfeld von der »bösen Ecke« eins ausgewischt werden?! Nun, wenn der Saalfelder Verbandsvorsitzende der Pöbnecker Firma eins auswischen wollte, so hätte er dazu gerade genug Material; denn schon so manches gewagte »Experiment« hat man sich erlaubt, um den »bösen« M.-D. in Saalfeld einzuschüchtern. Aber Vertrauen gegen Vertrauen!

Man gewöhne sich daran, unter allen Umständen den Arbeitern den verdienten Lohn voll auszu zahlen; das ist doch unseres Erachtens die allererste Bedingung, wenn man Prinzipal sein will.

J. Meier-Durst.

## Der Mannheimer Antrag auf Urabstimmung.

In Nr. 44 der »Gr. Pr.« wurde uns der Vorwurf gemacht, wir hätten unsern Antrag zum Gaudium der Unternehmer in die Welt geschickt. Hinfälliger



konnte das, was wir bestreben, wohl schwerlich abgefertigt werden. Wir wären auch jetzt noch nicht dazu übergegangen, unsern Standpunkt in der Öffentlichkeit zu vertreten und haben auch deshalb den Versammlungsbericht in der »Gr. Pr.« s. Zt. so kurz abgefaßt, grade weil wir ein Breitreiten vor der Öffentlichkeit vermeiden wollten. Waren im übrigen vielleicht wir in Mannheim die ersten, welche ihren Mißmut in der Presse kundtaten? Nur darin besteht der Unterschied, wir halten einen Protest in der Presse nicht für genügend, uns liegt daran zu wissen, wie sich die Kollegen-schaft im Reich zu der Sache stellt. Und da haben wir weiter nichts getan, als den uns durch die Statuten vorgeschriebenen Weg benutzt. Da nun ausgerechnet uns der Vorwurf gemacht wird, müssen wir annehmen, daß unser Rundschreiben als die eigentliche Ursache des Gaudiums gemeint ist. Wir möchten dazu bemerken, daß wir es nicht gewußt haben, daß es irgendwo üblich ist, Rundschreiben von den Verwaltungen den Unternehmern zum Gaudium vorzulegen. Ebenso haben wir vorausgesetzt, daß auch andere Kollegen genügend Disziplin besitzen, derartige Sachen nicht marktschreierisch am verkehrten Ort und an falscher Stelle zu behandeln. Wir müssen auch offen gestehen, daß es uns auch jetzt noch als eine verkehrte Taktik vorkommt, daß die Gegner unseres Antrages — und darunter taktisch erfahrene Gewerkschafter — die Sache in der Presse breitgetreten haben. Wir müssen fast zu der Anschauung gelangen, daß hier aus Furcht, unser Antrag könne möglicherweise genügend Unterstützung finden, alle Vorsicht vergessen ward, um eben dem Antrage ein möglichst frühzeitiges Ende zu bereiten. Jedenfalls ist es spahftig, zu sehen, wie gerade diejenigen, die uns die Sache mit den Unternehmern gauldlich zu machen suchten, den Herren am besten klaren Wein einschenken. (Hier befinden sich die Mannheimer Kollegen in einem Irrtum, denn die Diskussion über die Gehaltsregulierung wurde nicht durch die Gegner des Mannheimer Antrages, sondern schon in Nr. 41 der »Gr. Pr.« durch einen Artikel eingeleitet, der sich sachlich mit dem, was der Mannheimer Antrag will, deckt. Die Veröffentlichungen in Nr. 43 und 44 reagierten hauptsächlich auf diesen Artikel, wobei allerdings der Mannheimer Antrag dann belläufig mit erwähnt worden ist. Bei dieser Tatsachenfeststellung sei noch mit erwähnt, daß wir nicht die Auffassung haben, es habe irgend jemand den Mannheimer Kollegen vorwerfen wollen, sie hätten mit ihrem Antrage beabsichtigt, das »Gaudium der Unternehmer« auszulösen. Aber zweifellos hat die ganze Diskussion diese Wirkung ausgeübt. D. Red. d. »Gr. Pr.«) Übrigens offen gesagt, so taktisch sind wir noch nicht verblendet, zu glauben, daß unsere Gegner keinen Beschuldigen wissen; das nehmen wir — leider! — viel eher von unseren eigenen Kollegen an. Doch nun zur Sache.

In unserer Resolution haben wir vor allen Dingen dagegen Protest erhoben, daß die Gehaltserhöhung zu einer sehr schlecht gewählten Zeit und ohne Vorbesprechung in den Zahlstellen erfolgte. Es wird nun von verschiedenen Seiten immer wieder betont, daß dies überflüssig wäre, weil die Hamburger Generalversammlung den Hauptvorstand und Ausschuss beauftragte, eine diesbezügliche Vorlage für die Stuttgarter Generalversammlung auszuarbeiten. Ganz richtig, aber was es dann wirklich so selbstverständlich, daß die Kollegen von dieser Vorlage vorher nichts erfuhren? Ist denn auf der Hamburger Generalversammlung auch gesagt worden: »Macht eine Vorlage, wie sie aussieht, ist gleich; wenn nur eine Vorlage da ist, das ist die Hauptsache, angenommen wird sie ja doch!« Mühte es nicht vielmehr jeder Kollege als selbstverständlich betrachten, daß ihm Gelegenheit gegeben wird, vorher von dem Inhalt einer derart wichtigen Vorlage Kenntnis zu nehmen? Wir fragen offen: hat nicht der Hauptvorstand selber das Empfinden gehabt, daß, wenn beide Vorlagen den Kollegen vorher bekannt gewesen wären, eine andere Stimmung auf der Generalversammlung gewesen wäre? Grade diese Frage hätten wir gerne öffentlich beantwortet, jetzt, wo uns öffentlich und verstedt eine beleidigende Dummheit vorgeworfen wird. Unsere Meinung ist ganz trocken die: was zu behandeln war, hätte vorher bekannt gemacht werden müssen; an dieser Auffassung ändert auch der Artikel des Kollegen Hermann Müller in Nr. 46 der »Gr. Pr.« nichts. Und eben weil dies nicht geschehen ist, bleibt uns kein anderer als der von uns vorgeschlagene Weg übrig. Wenn überhaupt von einem Gaudium für die Unternehmer gesprochen werden kann, so mögen grade die Unternehmer sich nicht wenig darüber gewundert haben, daß so etwas überhaupt möglich sei in einer Gewerkschaft mit demokratischen Grundsätzen.

Wir haben behauptet: die Zeit sei für eine Gehaltserhöhung momentan nicht geeignet. An allen Ecken muß gesparrt werden. Die Lithographen- und Steindruckersparte befinden sich noch immer in einer Krise. Neue Berufssparten tauchen auf, wo zunächst noch eine enorme Organisationsarbeit zu leisten ist. Bei den Chemikern weiß man nicht, was die nächste Zukunft bringt. Die Photographenbewegung steht noch auf sehr schwachen Füßen. Kurzum, es ist wohl keiner unter uns, der ein vorläufiges Ende dieser Umwälzungen vor sich sehen kann. Gewiß, grade dieses zuletzt Angeführte beweist, daß auch unsere Angestellten eine Fülle

von Arbeit zu bewältigen haben. Aber sind es vielleicht unsere besoldeten Angestellten allein, von welchen eine angestrenzte Leistung erwartet wird? Ist dies nicht im selben Maße der Fall bei dem großen Heer von unbesoldeten Mitarbeitern, die nach Erledigung ihrer ebenfalls anstrengenden Tagesarbeit manchmal Abend für Abend für die Interessen der Allgemeinheit tätig sind? (Von einem »Angestellten« erhielt der Mannheimer Vorsitzende brieflich die Frage vorgelegt, ob er wohl wisse, wie die Arbeitstätigkeit der Angestellten aussehe. Gewiß, er weiß es, denn auch Mannheim ist kein Dorf, und obwohl keine Verbandsangestellten am Orte sind, so wird doch der Fragesteller so gut wie wir wissen, daß die Angehörigen der graphischen Berufe stetig wandern, wandern und nochmals wandern, sodaß auch wir in Mannheim nicht gerade auf den Kopf gefallen sind, was wir unsern freundlichen Fragesteller hiermit der ruhigen Überlegung »im stillen Kämmerlein« empfehlen.) Und wo nun von allen Seiten im Beruf Opferwilligkeit verlangt werden muß, wo alle Verbandsangehörigen mitarbeiten müssen, um unsere Berufslage mit wachsamem Auge zu verfolgen und auf dem Posten zu stehen, da ist wohl etwas mehr Berücksichtigung der allgemeinen Lage durch unsere Angestellten nicht zu viel verlangt.

Um festzustellen, inwiefern die Deutschen Kollegen unsere Auffassung teilen, beschlossen wir unsern Antrag. Wir begreifen nicht, warum uns der Vorwurf der Undeutlichkeit gemacht wird. Das es grade die sonst so »hellen« Berliner Kollegen sind, welche über Mangel an Deutlichkeit klagen und deswegen unsern Antrag einfach ablehnen, das nimmt uns Wunder, haben sich doch fast alle anderen Zahlstellen über Undeutlichkeit gar nicht beschwert, sondern einfach das Resultat der Abstimmung mitgeteilt.

Was nun die Meinung des Kollegen Herm. Müller anbelangt, keine Urabstimmung stattfinden zu lassen, auch wenn der Mannheimer Antrag ein Fünftel der Stimmenzahl bekommt, so wollen wir den Kollegen bloß fragen: mit welchem Recht? Und wo steht es im Statut geschrieben, welche Veranlassung zu einer Urabstimmung notwendig ist? § 49 Abs. 1 c besagt kurz und deutlich: eine Urabstimmung müsse stattfinden, »wenn der fünfte Teil der Mitglieder eine solche verlangt«. Und wenn andere sich auf § 41 Abs. 2 berufen, so verweisen wir auf denselben Paragraphen Abs. 6, welcher Voraussetzung ist für Abs. 2. Gewiß erblicken auch wir in der Generalversammlung die obere Instanz, doch nur dann, wenn nach dem Statut vorgegangen ist. Das ist nun mal nicht der Fall, und da kann nach unserer Meinung nur eine Urabstimmung ein klares Bild schaffen. Und entgegen dem guten Rat des Kollegen Herm. Müller möchten wir empfehlen, auch dann eine Urabstimmung vornehmen zu lassen, wenn der Mannheimer Antrag kein Fünftel erreichen sollte.

Die Verwaltung der Zahlstelle Mannheim.

## Noch ein Beitrag zur Gehaltsregulierung.

Wer hätte es gedacht, daß die Gehaltsregulierung der einzige Gegenstand der Diskussion über die Stuttgarter Generalversammlung sein werde. Wäre es noch bei der Diskussion geblieben, so hätte man diese nur begrüßen können. Leider zeigt die Resolution der Mannheimer Kollegen eine ganz bedenkliche Abzweigung vom demokratischen Prinzip und sie widerspricht geradezu den Bestimmungen unseres Statuts, wo ausdrücklich festgelegt ist, daß ein Generalversammlungsbeschluss unter allen Umständen als Beschluss der obersten Instanz zu gelten hat. Ich möchte auch mit dem Kollegen Müller, Berlin, fragen, wo es hinführen sollte, wenn es Usus würde, daß eine Urabstimmung einen Generalversammlungsbeschluss annullieren könnte. Die Generalversammlung würde zu einer Farce herabgesetzt werden.

Da mich verschiedene persönliche Anfragen und auch der Artikel des Kollegen Blum vermuten lassen, daß manche Kollegen der Meinung sind, als hätte uns der Redakteur oder die Zentrale in irgend einer Weise zu dem Barmener Versammlungsschwanz unter dem Artikel von W. B., Barmen, in Nr. 41 der »Gr. Pr.« veranlaßt, so erkläre ich hiermit, daß das in keiner Weise zutrifft, sondern daß der Artikel lediglich auf mein Verlangen zu unserer Einsicht und Kenntnis gelangte. Die Gründe, die mich zur Eintorderung des Artikels veranlaßten, seien hier kurz geschildert.

W. B. war mehrere Jahre Vorstandsmitglied unserer Zahlstelle. Durch Meinungsverschiedenheiten und andere Umstände, auf die ich hier nicht näher eingehen kann, weil es zu weit führen würde, wurde W. B. nicht wieder in den Vorstand gewählt. Mit unserem Versammlungsbeschluss in dieser Angelegenheit war W. B. nicht einverstanden. Seine Versuche, seine Meinung unter den Mitgliedern zur Geltung zu bringen, blieben aber ergebnislos. Nun stellte Anfang Juli W. B. einen Stundungsantrag an den hiesigen Vorstand mit der Begründung, er müsse es sich erst überlegen, ob er Mitglied bleiben könne oder nicht. Als ich nun von hiesigen Kollegen hörte, daß W. B. einen Artikel wegen der Gehaltserhöhung eingesandt habe, forderte ich diesen Artikel von unserem Redakteur e unter Angabe obiger Gründe; denn laut Statut ruhen Rechte und

Pflichten bei einem Mitgliede, welches Stundung beantragt hat. Bemerkungen möchte ich hierzu, daß W. B. zirka ein Vierteljahr mit seinen Beiträgen im Rückstande war, als dieser Artikel erscheinen sollte. Dann hatte es W. B. nicht für nötig gefunden, in der Versammlung, in welcher der Bericht von der Generalversammlung gegeben wurde, zu erscheinen. Aus diesen Gründen war der hiesige Vorstand der Meinung, daß W. B. kein Recht habe, überhaupt einen Artikel für unser Verbandsorgan zu schreiben. Unsere Versammlung beschloß, gegen den Abdruck des Artikels von W. B. keinen Einspruch zu erheben, aber den Redakteur zu ersuchen, zugleich die Ansicht des Barmener Kollegen unter dem Artikel von W. B. zu setzen. Das und nichts anderes waren die Beweggründe zu unserer Handlungsweise.

In seinem neuesten Artikel in Nr. 47 der »Gr. Pr.« empfiehlt W. B. die Resolution der Elberfelder Zahlstelle. Da ich Berichterstatter in der Elberfelder Versammlung war, möchte ich noch kurz berichten, wie die Resolution zustande kam. Nachdem ich dort ungefähr 2 Stunden über die Generalversammlung berichtet hatte, setzte sofort eine heftige Diskussion über die Beamtenzulage ein. Kurz vor 1 Uhr nachts, als sich die Versammlung schon sehr stark gelichtet hatte, wurde diese Resolution eingereicht. Die Abstimmung ergab 18 Stimmen für und 13 gegen die Resolution. Wie in dem Versammlungsbericht gesagt werden konnte, daß diese Resolution »mit großer Mehrheit« angenommen sei, ist mir tatsächlich ein Rätsel.

Dann möchte ich hier noch die Frage an den Kollegen W. B. richten, ob er als Sitzungsent-schädigung nur 50 Pfg. bekommen hat. Soviel ich mich erinnern kann und wie mir der frühere Vorstand, als ich das Amt übernahm, mitteilte, war es gerade W. B., der warm dafür eintrat, daß Sitzungen mit 1 Mk. entschädigt werden sollen. W. B. hat auch wirklich ein ganzes Quartal 1 Mk. pro Sitzung erhalten; dieser Betrag wurde allerdings nach dem 1. Quartal herabgesetzt. Ich glaube nicht, daß die Handlungsweise von W. B. vom Idealismus getragen war. Er hätte am wenigsten Ursache, seinen übrigen Kollegen in leitender Stellung Mangel an Idealismus vorzuwerfen.

D. Glauco, Barmen.

## „Über seine Kraft“!

Kollege Herm. Müller, Berlin, unternimmt es, gegen mich, der sich, wie er glaubt, gerne einen Namen machen will, zu Felde zu ziehen. Ich habe den Kollegen Müller zweimal gesehen, nie eine persönliche Unterredung mit ihm gehabt, und ich meine, wenn man ein derartiges schweres Geschütz wie die Demagogie-Bezüglichung gegen jemanden aufführt, muß man sich doch wohl schon etwas näher bereden haben.

Die Behauptung, daß auf dem Gautage in Hannover ein Gehaltsplan vorgelegen hat und gutgeheißen worden ist, ist unrichtig. Kollege Müller war selbst auf diesem Gautage nicht anwesend; derjenige, der ihm das erzählt hat, leistet sich allerdings ein demagogisches Kunststück. Wahr ist nur, daß auf dem Gautage der Kollege Scheele, Bielefeld, nach einer von ihm selbst gegebenen Anregung beauftragt wurde, im Sinne der Hamburger Generalversammlung eine Gehaltsskala auszuarbeiten und diese dem Hauptvorstande zu unterbreiten, damit sie dann auf der Stuttgarter Generalversammlung mitberaten werden könne. Dieser Antrag Scheele hätte also notwendig vom Hauptvorstand mit den übrigen Anträgen veröffentlicht werden müssen. Das ist nicht geschehen. Selbst ein vom Hauptvorstandsvertreter gegebenes Versprechen, den gewählten Delegierten das diesbezügliche Material noch vor der Generalversammlung zuzustellen, wurde ebenfalls nicht erfüllt. Nun soll, weil in der Frage der Gehaltsvorlagen zwischen Hauptvorstand und Ausschuss keine Einigung erzielt werden konnte (wovon uns leider in Hamburg garnichts bekannt ist), von einer Veröffentlichung dieser beiden Vorlagen abgesehen werden sein? Komisch, sehr komisch! Aber, werter Kollege Müller, warum wurde auch der Antrag Scheele nicht veröffentlicht??? Jedenfalls auch sehr komisch! Zu Ihrer Entschuldigung, werter Kollege Müller, will ich annehmen, daß auch Sie nicht genügend informiert werden; denn sonst leisten Sie sich hier das, was Sie mir gerne unter-schieden möchten. Jedenfalls bin ich auch nach dieser Richtung hin völlig konsequent geblieben.

Das Verlangen der Mannheimer und sehr vieler anderer Kollegen, eine Urabstimmung über die beschlossene Gehaltsregulierung herbeizuführen, ist sehr berechtigt und aus den von mir angeführten Gründen unbedingt notwendig. Die Gehaltsvorlagen haben nicht ordnungsgemäß zur Debatte gestanden und die Mitteleinrichtung in die Tagesordnung ist un-berechtigt Weise verhindert worden. Es trifft also auch alles, was der Kollege Müller über Ur-abstimmung in seinem Artikel sagt, jedenfalls in dieser Sache garnicht zu. Nur wenn aus den Verhandlungen heraus irgend eine Vorlage notwendigerweise geboren wird, würden die Argumente Müllers zutreffen; das war aber in Betreff der Gehaltsvorlagen nicht der Fall. Allerdings bin auch ich der Meinung, daß die Fassung in unserm Statut über eine eventuelle Urabstimmung genauer sein muß,



aber jedenfalls nach einer anderen Richtung hin, als sie Kollege Müller andeutet. Gewiß, unsere Generalversammlung ist oberste Instanz und ihre Beschlüsse sind höchstes Gesetz. Aber dann müssen auch die statutarischen Bestimmungen in Bezug auf Vorberatung und Vorbereitung innegehalten werden. Längst ausgeheckte Vorlagen, noch dazu solche, die jedermann wissen kann und muß, dürfen den Mitgliedern nicht einfach vorenthalten und den gewählten Delegierten nicht im letzten Augenblick zur Über-raschung vorgelegt werden.

Die Berechnung des Kollegen Müller, was pro Jahr, pro Woche und pro Nase an Mehraufwendung herauskommt, kann ich nicht nachprüfen; ich habe darüber kein Material. Ich weiß nur, daß unser Angestellter statt bisher 2300 jetzt 2700 Mark bezieht, also auf einen Angestellten eine erstmalige Zulage von 400 Mk. entfällt. Irgend eine Anweisung vom Hauptvorstand ist uns nicht zu Gesicht gekommen. Aber auch die Berechnung des Kollegen Müller stimmt doch nur für's erste Jahr; jedes weitere Jahr bringt doch im Verhältnis zu früher durch die 100 Mark-Zulagen wiederum eine größere Belastung, und die Grenzen sind doch auch ganz bedeutend höher hinaufgesetzt. Hierzu kommt die Aufwendung für die von uns gezahlten Versicherungen, die doch ebenfalls mit jeder Gehaltserhöhung steigen. Kollege Müller, nicht in demagogischer Absicht, sondern aus meinem Gefühl heraus habe ich infolge dieser bedeutender Mehraufwendungen angenommen, daß wir einer baldigen Belagerungserhöhung nicht ausweichen können, zumal doch auf die Sanierung unserer Kampfmittel in erster Linie Bedacht genommen werden muß.

Die vom Kollegen Müller erwähnte Arbeitsüberlastung einiger unserer Angestellten ist wohl ohne weiteres allseits empfunden worden und die Neueinstellung zweier Kollegen für den Hauptvorstand daher als notwendig zu erachten; aber von einer Überlastung aller unserer Angestellten habe ich noch nichts gespürt, eher das Gegenteil. In Anbetracht unserer Kaserverhältnisse ist es vielleicht angebracht, die Frage genau zu prüfen, ob die Gauangestellten überall genügend beschäftigt sind, oder ob nicht im Beruf stehende Kollegen diese Posten ausfüllen können.

Was der Kollege Müller in Bezug auf die noch höheren Gehälter in anderen größeren Verbänden, in der Partei oder in den Krankenkassen zum Vergleich sagt, kann nicht als maßgebend für uns in Betracht kommen. In allen modernen Arbeiterorganisationen, Partei oder Gewerkschaft, ist die Masse über die in letzter Zeit vorgenommenen bedeutenden Erhöhungen der Gehälter für ihre Angestellten, die in gar keinem Verhältnis zu den im Beruf gezahlten Löhnen stehen, nicht sehr erfreut; ein Murren geht durch alle Reihen. Die Unzufriedenheit der Massen macht sich in dieser Angelegenheit überall bemerkbar. Die Massen haben die Überzeugung, daß der Idealismus in den Reihen der Angestellten nachgelassen hat, daß die Früchte der modernen Arbeiterbewegung in erster Linie den Angestellten in den Schoß fallen, und für diese eine Lage geschaffen ist, auf die die Masse selbst vielleicht noch lange zu warten hat.

H. Ehlers, Hamburg.

## II.

Zu dem Artikel des Kollegen Herm. Müller, Berlin, in Nr. 46 der »Gr. Pr.« einige Bemerkungen. Nicht um Stellung zu nehmen zu der Gehaltsaufbesserung an und für sich — etwa wegen ihrer Notwendigkeit und Berechtigung aus Verdienst usw. —, sondern um die etwas sonderbare Art, in der diese Frage behandelt werden soll und bisher behandelt worden ist, zu streifen.

Bisher gewöhnt, daß die Mitglieder zu den oft auf die eigenartigste Weise zustande gekommenen Beschlüssen ja und Amen sagen, hatte man auch diesmal nicht erwartet, daß der mit zwar knapper Majorität gefaßte Generalversammlungsbeschuß noch solche Nachwehen bringen würde. Die Interessenten haben bisher in dem vorliegenden Falle versucht, die Sache von einem Gesichtspunkte aus vorzuführen, der zum Widerspruch direkt herausfordert. Was soll man denn dazu sagen, wenn selbst der »schärfste und klarste Kopf im Hauptvorstand« glaubt, eine Resolution wie die der Berliner Lithographenfiliale noch ganz besonders unsterklich zu müssen. Gegen diese Spekulation auf die Gedankenlosigkeit und Guimüthigkeit der Mitglieder soll denn doch energisch Front gemacht werden.

Hauptvorstand und Ausschuß haben es versäumt, Vorschläge zur Gehaltsfrage vor der Generalversammlung zu veröffentlichen. Das Hauptvorstandsmitglied Kollege Herm. Müller erklärt das nun damit, daß zwischen den beiden Körperschaften eine Einigung nicht zu erzielen war und deshalb auch keine gemeinsame Vorlage zustande kam. Das ist bei zwei in noch ganz anderen Fragen so verträglichen und übereinstimmenden Körperschaften zwar höchst sonderbar, aber weshalb hat dann nicht jede Körperschaft für sich die entsprechenden Vorschläge veröffentlicht, um damit eine ordnungsgemäße Behandlung dieser Frage zu ermöglichen? Das ist nicht geschehen, ob mit oder ohne Absicht, mag dahin gestellt bleiben. Man gestatte aber die Frage: Wo blieb denn die Veröffentlichung des Antrags Scheele-Bielefeld bzw. Gautag Hannover?? Wäre, denn, hier auch eine Übereinstimmung mit

dem Hauptvorstande und Ausschuß notwendig gewesen, Kollege Herm. Müller? Diese Ihre Argumentation ist doch absolut nicht stichhaltig.

Dann aber war auch die Behandlung dieser Frage auf der Generalversammlung keineswegs einwandfrei. Wurde doch den Delegierten zu Beginn der Tagung nur die Tagesordnung mit den in der »Gr. Pr.« veröffentlichten Anträgen überreicht. Die Anträge zur Gehaltsregulierung wurden erst in letzter Stunde den Delegierten ausgehändigt. Und angesichts dieser von unseren hohen Körperschaften gemachten Fehler, durch welche die Frage der Urabstimmung nicht nur möglich, sondern selbst notwendig wurde, faßte man in Berlin eine Resolution, durch die man an die Urteilsfähigkeit der Mitglieder sehr geringe Ansprüche stellt. Hätten wir es in Wirklichkeit mit einem ordnungsgemäß erledigten Generalversammlungsbeschuß zu tun, so wäre eine rechtliche Korrektur durch Urabstimmung nicht gegeben. So liegen doch die Dinge und daran wird auch durch die Behauptung des Kollegen Herm. Müller, daß die Gehaltsregelung rechtskräftig erfolgt ist, nicht das geringste geändert. Wenn das Verständnis dafür über die Kraft des Kollegen Herm. Müller geht, so können wir ihm nicht helfen. Aber dann verschone er uns auch mit dem so oft gebrauchten Hinweis auf die Unternehmer, der nachgerade komisch wirkt.

Es erübrigt sich vorerst, auf die in dem Artikel des Kollegen Herm. Müller gebrauchten Drohungen des näheren einzugehen, denn das wäre eine Sache für sich. Die Mitglieder können jedoch daraus lernen, welche Machtgelüste in gewissen Kreisen schon spuken, wie man sich dort schon fühlt und glaubt, mit den Mitgliedern umspringen zu können. Das müssen wir uns merken und uns klar werden über unsere Kraft.

—n—1, München.

## Ortsberichte.

Halle a. S. Eine am 15. November abgehaltene gutbesuchte Versammlung beschäftigte sich unter anderem mit der Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik 1914 in Leipzig und den technischen Neuerungen im Berufe. Kollege Ronnger, Leipzig, hatte das Referat übernommen und legte, nachdem ein allgemeiner Überblick über Form und Inhalt der Ausstellung gegeben war, die Notwendigkeit des Besuchs der Ausstellung den Kollegen dar. Nicht nur aus rein persönlichen, sondern auch aus organisatorischen Gründen müsse der Besuch der Ausstellung empfohlen und alles getan werden, damit uns diese Ausstellung zu einem guten und wichtigen Lehrmittel wird. Daß wir noch viel zu lernen haben und daß auf dieser Ausstellung viel gelernt werden kann, zeigte eine Sammlung von Drucksachen neuerer Techniken, die von der technischen Zentrale zur Verfügung gestellt war und von Kollegen Ronnger eingehend besprochen wurde. Reldner Beifall lohnte den Redner für seine zirka 2stündigen Ausführungen. In der Diskussion wurde gewünscht, daß ähnliches Ausstellungsmaterial von der technischen Zentrale ausgestellt und dann den Mitgliedschaften leihweise abgegeben werden soll. Die Mitgliedschaft Halle möchte dann nicht vergessen werden. — Nach Erledigung einer örtlichen Angelegenheit kam u. a. die Mannheimer Resolution behufs Urabstimmung zur Diskussion. Die Versammlung würdigte nach wie vor die Beschlüsse der Generalversammlung als solche der höchsten Instanz. Demgemäß lehnte sie den Antrag auf eine Urabstimmung ab. Mit dem Wunsche des Vorsitzenden, daß der sehr gute Besuch auch in späteren Versammlungen zu verzeichnen sein möchte, wurde die Versammlung geschlossen.

Lahr i. B. Die Mitgliederversammlung vom 17. November beschäftigte sich ebenfalls mit dem Mannheimer Antrage auf Urabstimmung. Der Vorsitzende Kollege Richter führte aus, daß eine solche Urabstimmung kurz nach der Generalversammlung eine Desavouierung der gewählten Vertreter bedeute. Will man eine andere Regelung der Gehälter, dann sei es immer noch bis zur nächsten Generalversammlung Zeit. Das jetzige Vorgehen sei ein willkommenes Schauspiel für die Unternehmer und ihre Schutztruppen, die es weidlich ausnützen werden. Im übrigen sei es des Redners persönliche Auffassung, daß wir unsere Angestellten doch nicht gar zu niedrig einschätzen sollten. Jede Kommune sorgt dafür, daß sie durch entsprechende Gehälter wirklich gute Beamte bekommt; wir mit unsern miserablen Lohnsätzen, die uns der Privatkapitalist hinwirft, schätzen die Gehälter unserer Angestellten nach diesen ein und setzen uns dadurch selbst herunter. Die Versammlung lehnte es einstimmig ab, dem Mannheimer Antrage auf Urabstimmung zuzustimmen. Es hätte auch hier bei der Berichterstattung böses Blut erregt, daß die Gehaltsfrage gerade jetzt geregelt worden war; man hätte dieser Meinung durch einen Bericht in der »Gr. Pr.« Ausdruck zu geben beschloßen, damit aber ist die Angelegenheit jetzt für uns erledigt. Für die Urabstimmung sind die Lahrer Kollegen nicht zu haben. Wenn die jetzigen Delegierten nach Ansicht mancher Kollegen nicht so gearbeitet haben, wie es diese wünschen, dann mögen sie das nächste Mal andere schicken. Aber jede Generalversammlung schließlich in ihren Beschlüssen durch hinterher folgende Urabstimmungen illusorisch zu machen, dürfte doch zu weit gehen.

## Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink- Aluminium- und Notendrucker.

## Maschinenmeister und Hilfsarbeiterin.

Die Behandlung der Anlegerinnen und Bogenfängerinnen durch die Maschinenmeister ist schon oft Gegenstand eingehender Auseinandersetzungen bei unseren Kollegen gewesen. In kollegialen Zusammenkünften wie auch in offiziellen Veranstaltungen unseres Verbandes hat dieser Gegenstand oft eine mehr oder weniger bedeutende Rolle gespielt. Auch in der »Graph. Presse« ist in dieser Angelegenheit manches Mal das Wort ergriffen worden. Wenn es auch heute wieder getan wird, so geschieht es aus Anlaß eines Artikels in der »Solidarität«, der Verbandszeitung der Hilfsarbeiterorganisation, der sich mit Disziplin, Solidarität und der Würde der Frauen beschäftigt und der in einem weiteren Leserkreise, als die Mitglieder des Hilfsarbeiterverbandes ihn stellen, gelesen zu werden verdient.

Der Artikel ist von einer Frau (oder einem Mädchen) geschrieben, die sicherlich aus eigenen Erfahrungen und Beobachtungen heraus ihre Ansichten darlegt. Wir unterbreiten die wesentlichen Teile des Geschriebenen unsern Lesern zur Kenntnis. Es heißt dort:

»Aber wie kann man von uns Frauen selbstlose Aufopferung verlangen, wenn wir sehen müssen, wie unwürdig wir — um es gerade heraus zu sagen — oft von unseren männlichen Arbeitskollegen behandelt werden. — Für die meisten und leider gerade oft für die Intelligenzen sind wir hier bloß 'Weiber'. . . . Wenn unsere männlichen Verbands-genossen uns zu überzeugungstreuen Kämpfern für unsere gerechte Sache machen wollen, dann mögen sie vor allem uns auch unsere Menschenwürde lassen und uns eine Behandlung zuteil werden lassen, die nicht an die Hörigkeit früherer Jahrhunderte, wo das Weib die Sklavin des Mannes war, erinnert. Wie viel bleibt da noch zu bessern! Gedankenlos, weil es so überkommene Regel all die Jahre her ist, ruft der junge kaum der Lehre entwachsene Maschinenmeister die Anlegerin beim Vornamen, obwohl diese im Alter vielleicht seine Großmutter sein könnte. Die verheiratete Frau wird ohne weiteres von den Arbeitsgenossen ebenfalls beim Vornamen gerufen. Hat denn noch keiner dieser Genossen daran gedacht, wie peinlich es ihn berühren würde, müßte er hören, daß seine Mutter oder Frau von weit jüngeren Personen mit dem Vornamen gerufen oder gar mit 'Du' angeredet wird, wie das in vielen, vielen Fällen geschieht! . . . Aber jeder organisierte Arbeiter, der auf seine eigene Menschenwürde hält, sollte dazu beitragen, unwürdigen Zuständen in den Arbeitsstätten ein Ende zu machen und uns die Achtung zuteil werden lassen, die uns als organisierten und überzeugungstreuen Klassengenossinnen im besonderen zukommt. . . . Ich ehre und achte den Mann, den Arbeitsgenossen, als Mitmenschen und Mitkämpfer, aber ich beuge mich nicht seinen Herrschergeleuten uns Frauen gegenüber, wohl aber beuge ich mich vor dem, dessen Geist meine Ehrerbietung fordert und der mir in gleicher menschlicher Achtung begegnet.«

Der Verfasserin ist es gewiß möglich, ihre Ausführungen zu beweisen. Infolgedessen kann man ihr nicht unrecht geben. Es gibt leider unter unseren Kollegen noch immer solche, die meinen, dem Hilfspersonal alles bieten zu können. Ob die Fälle, in denen das vorkommt, zahlreich sind oder nicht, soll im Augenblick unentschieden bleiben. Genug, es gibt solche Kollegen, und gegen sie richten sich auch die Vorwürfe. Aber es kann leicht festgestellt werden, daß man einem großen Teil unserer Maschinenmeister das Gegenteil nachrühmen muß.

Wir können Fälle nennen, in denen unsere Kollegen mit unermüdetem Eifer die Interessen des Hilfspersonal nach jeder Richtung wahrgenommen haben, in denen sie ungeachtet ihrer persönlichen Opfer und wirtschaftlichen Nachteile durch das Unternehmertum für die ungelerten Arbeiterinnen und Arbeiter unseres Berufes eingetreten sind. Es gibt Geschäfte, in denen sich die Kollegen in dieser Hinsicht musterhaft verhalten. Auch in verschiedenen Ortsverwaltungen unseres Verbandes bemüht man sich um ein auf gemeinsamen Arbeiterinteressen aufgebautes Zusammenwirken mit den Hilfsarbeitern. Und es kann auch nachgewiesen werden, daß diese Bestrebungen vielfach nicht nur umsonst waren, sondern die betreffenden Kollegen ernteten obendrein noch Un dank und Schädigungen von denen, für die sie eingetreten sind. Auffallenderweise ist in Fällen dieser Art das weibliche Hilfspersonal am stärksten beteiligt.

Es kann und darf nicht Aufgabe sein, Vorkommnisse und Differenzen zwischen weiblichem Hilfspersonal und Maschinenmeistern, die aus dem Zusammenarbeiten auf derselben Arbeitsstätte entspringen, zu verallgemeinern, unbekümmert darum, ob sie gut oder schlecht sind. Es liegt uns fern, das, was einzelne, mehrere oder viele Kollegen zum Vorteil unserer weiblichen Arbeitsgenossinnen tun oder getan haben, als das allein Bestehende



hinzustellen. Aber wir weisen es auch mit gutem Recht zurück, wenn Geschehnisse, wie sie nicht vorkommen sollen, zum Anlaß genommen werden, um die Behandlung der weiblichen Arbeitskräfte durch die gelernten Arbeiter besonders zu kennzeichnen. Hier muß ein anderer Weg beschriftet werden, und zwar der, daß durch ununterbrochene Agitation auf das gemeinsame gewerkschaftliche Ziel hingearbeitet wird. Nur so können Verbesserungen erzielt werden. Dabei ist es ganz selbstverständlich, daß dieser oder jener Person auch einmal in gehöriger Weise bedeutet wird, was sie zu tun oder zu lassen hat.

Eines wollen wir jedoch feststellen und zum Ausgangspunkt unserer Betrachtung machen. In der Behandlung und dem Verkehr zwischen Maschinen-drucker und Hilfsarbeiterin hat entschieden von vornherein der Drucker das Übergewicht, sowohl in moralischer Hinsicht wie auch in allen Fragen, die das Arbeitsverhältnis angehen. Und unsere Kollegen sollten sich von dieser Stellung nichts vergeben! »Alles rächt sich einmal!« sagt ein Sprichwort, was soviel bedeutet wie: gute Taten bringen gute Erfolge, und schlechte Taten ziehen schlechte Dinge nach sich. Wir haben alle Ursache, das eine zu fürchten, und das andere zu wünschen. Als organisierte Arbeiter des graphischen Gewerbes haben wir — wir wiederholen das schon oft Gesagte — ein großes Interesse an einer starken Hilfsarbeiterorganisation. Und diese Auffassung schließt ganz naturgemäß in sich, daß die Mitglieder des uns nahestehenden Verbandes auch die Behandlung erfahren, die ihnen in menschlicher und kollegialer Weise zukommt. Die Maschinen-drucker, die sich gegenüber dem weiblichen Personal eines korrekten Benehmens befleißigen, können auch einmal dann ein Wort riskieren, wenn dieses seine Befugnisse überschreitet. Im anderen Falle müssen sie oft manches Unannehme über sich ergehen lassen.

Daß die Arbeiterinnen unserer Branche von den männlichen Arbeitsgenossen so behandelt und geachtet werden wollen, wie diese es von den Unternehmern beanspruchen, braucht für viele unserer Kollegen nicht erst erwähnt zu werden. Wir möchten dennoch die Kollegen darauf verweisen, die infolge ihrer Jugend noch nicht aus eigenem Beobachten Erfahrungen sammeln konnten. Besonders aber betonen wir es gegenüber denjenigen, an denen die Erziehungsarbeit der modernen Arbeiterbewegung bisher spurlos vorübergegangen ist. Es läßt sich vieles dazu beitragen, daß die Klagen über Behandlung des weiblichen Hilfspersonals durch die Maschinenmeister in Zukunft ganz verstummen. Unser Verband wird dabei keinen kleinen Vorteil ein-tauschen.

Tac.

## Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker Kupferstecher und -Drucker.

### Zur Einführung des neuen Chemigraphentarifes.

Seit der Konferenz in Leipzig sind nun rund zwei Monate vergangen. Viele Kollegen im Reich werden sich wundern, welche Ruhe seitdem wieder in den Kreisen der Chemigraphen Platz gegriffen hat. Mit Recht setzten viele Kollegen ihre Hoffnung auf die Leipziger Konferenz, weil jeder glaubte, daß diese doch noch Mittel und Wege finden werde, um die Verschlechterungen, die uns der neue Tarif vom 1. Januar ab bringt, in scharfer Form abzuwehren. Die Delegation aus Berlin, wo ja bekannt-

lich die größte Erregung herrschte, ging allerdings mit der Hoffnung nach Leipzig, daß sämtliche Delegierten den Standpunkt Berlins teilen würden. Als wir aber aus der Berichterstattung der einzelnen Ortsvertreter das Gegenteil erkannten und als wir sahen, daß unsere Resolution mit fast allen Stimmen abgelehnt wurde, war es unsre Pflicht, der Resolution, die dann in Nummer 40 der »Graph. Presse« vom 3. Oktober veröffentlicht wurde, zuzustimmen.

Diese Resolution verlangte eine Tarifamtsitzung vor dem 1. Januar, die dahin wirken sollte, die Bestimmungen über den Offsetdruck aus praktischen Gründen aus dem Tarif zu entfernen. Diese Sitzung fand nun am 23. Oktober im Papierhause statt. Die Gehilfenvertreter versuchten, eine Diskussion über diesen Punkt zu veranlassen; die Prinzipalvertreter erklärten jedoch sofort, das Tarifamt habe gar nicht das Recht, materielle Änderungen am neuen Tarif vorzunehmen, sondern nur Änderungen redaktioneller Art.

Um es kurz zu sagen: diese Sitzung hat an dem abgeschlossenen Tarif wenig oder gar nichts geändert. Für uns steht also jetzt die Tatsache fest, daß der neue Tarif am 1. Januar 1914 in Kraft tritt. Nun scheint es mir fast, als ob die Ruhe, von der ich schon im Anfang sprach, auf eine große Mutlosigkeit zurückzuführen sei. Es wäre aber ebenso traurig wie falsch und verfehlt, wenn wir jetzt den Kopf hängen lassen wollten. Die Prinzipalvertreter haben zwar in den Tarifamtsitzungen erklärt, daß an den bestehenden Verhältnissen nichts geändert werden solle; wir wissen aber, daß ein großer Teil von Prinzipalen, die an den Sitzungen und Verhandlungen nicht teilgenommen haben, diese Erklärungen für sich nicht als bindend betrachten. Deshalb ist es dringend notwendig, daß wir jetzt erst recht fest zusammen stehen. Wir müssen die Augen offen behalten und genau auf alles achten, was schon jetzt und vom 1. Januar 1914 ab passiert. Das ist vorläufig das nächstliegende Mittel, um uns gegen alle Verschlechterungsversuche und Maßnahmen sofort mit aller Energie zu schützen.

Darum, Kollegen, unterstützt euren Vertrauensmann in jeder Art im Geschäft. Alle Vorkommnisse, seien es Abwägungen von Lohnzulagen, Kündigungen von Gehilfen mit höheren Löhnen oder sonstige Schikanen der Geschäftsleitung, müssen sofort dem Vertrauensmann berichtet werden, der dann für die schnelle Veranstaltung von Geschäftsversammlungen zu sorgen hat. Sollte es sich dann herausstellen, daß das Vorgehen der Firma auf ihre Auffassung von dem neuen Tarif zurückzuführen ist, dann müssen und werden wir derartige Maßnahmen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln abweisen, so wie es ja die Leipziger Resolution verlangt.

Um aber alle Abwehrmaßnahmen schnell und entschieden durchführen zu können, wiederhole ich die dringende Mahnung an alle Kollegen, jetzt erst recht fest zusammen zu halten. Denn sobald es anders ist, werden die Unternehmer nicht davor zurückschrecken, die Bestimmungen des neuen Tarifes trotz aller Versprechungen ihrer Führer, wonach bestehende Verhältnisse nicht verschlechtert werden sollen, in jeder Art für sich auszunutzen. Ich halte es auch für unbedingt notwendig, vor dem 1. Januar in allen Orten Geschäfts- resp. Bezirks- und Arbeitslosenversammlungen einzuberufen, in denen alles zu besprechen ist, besonders das Verhalten der Kollegen bei Arbeitslosigkeit. Auch ist es unbedingt notwendig, die erhaltenen Statistiken gewissenhaft zu führen. Wenn wir alle wachsam und auf unsrer Hut sind, so wird und muß es uns möglich sein, die jetzt bestehenden Verhältnisse zu halten. Darum nochmals: Halte fest zusammen, denn der Einzelne ist nichts, das Ganze aber alles!

Georg Förster, Berlin.

## Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen. Zentralarbeitsnachweis: W. Hänlein, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, 1.

### Aus den Sektionen.

Berlin. Am 18. November nahmen mehrere Hundert Photographengehilfen und Gehilfinnen nach einem einleitenden Referat des Verbandssekretärs Haß Stellung zu einer Tarifbewegung in den Photographenateliers. Eine Verhandlung mit der Organisation hatte der Vorstand der Photographen-Zwanos'nung abgelehnt. Der Tarifentwurf sieht eine 8 stündige Arbeitszeit, einen Mindestlohn im ersten Halbjahr von 22, im zweiten Halbjahr von 23 und nach einem Gehilfenjahr von 24 Mark vor. Heimarbeit ist möglichst zu vermeiden. Überstunden sind bis 10 Uhr abends mit 25 Proz., nach 10 Uhr abends mit 50 Proz. Zuschlag zu bezahlen. Ferner werden Lehrlingswesen und Arbeitsnachweis geregelt. Der Referent Haß betonte, daß man bei weiterer Welgerung der Innung auch vor einem Boykott der nicht bewilligenden Firmen nicht zurückschrecken werde. Der Zentralkommissionsvorsitzende Hänlein behandelte die bisherige Gepflogenheit des Innungsvorstandes, der bei Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises gemachten Versprechen keineswegs zu erfüllen versuchte, sondern sich stets ablehnend verhielt, trotzdem der Innungsvorstand seinerzeit an die Organisation herangetreten war. Ebenso wie der Referent auf die allgemeinen Praktiken der Innung hingewiesen hatte, konnte Hänlein von der photographischen Innung feststellen, daß sie durch die Mindestpreissetzung die kleinen Firmen schädige und auch sonst sich die bekannten Auswüchse zu eigen mache. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde die ablehnende Haltung des Innungsvorstandes verurteilt. Der Gehilfenausschuß der Innung hat sich im Auftrage der Organisation um Einnleitung von Verhandlungen an den Innungsvorstand gewandt. Sollte auch dieser Weg, der allerdings nur unter Hinzuziehung von Organisationsvertretern möglich ist, abgelehnt werden, dürfte sich der Kampf kaum vermeiden lassen.

## Feuilleton.

### Vom Büchertisch.

Protokoll der achten (ordentlichen) Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker vom 16. bis 22. Juni 1913 zu Danzig. Selbstverlag des Verbandes 176 Seiten 80.

Entwurf eines Vertrages zur Aufnahme eines stillen Gesellschafters. Anleitung zur Abfassung eines Gesellschaftsvertrages zwischen Geschäftsinhabern und dem stillen Gesellschafter (Teilhhaber). Nach den Bedürfnissen des praktischen Lebens bearbeitet von Max Lustig, Kaufmann. Sachverständiger. Kaufmann-jurist. Verlag G. m. b. H. Mainz. 15 Seiten 80. Preis 2 Mk.

Der Verfasser gibt eine gemeinverständlich gehaltene Darstellung der in Betracht kommenden Gesetzbestimmungen und erläutert alsdann die besonderen Merkmale der stillen Gesellschaft. Der angefügte Gesellschaftsvertrag zeigt, wie ein Vertrag aussehen muß, wenn er die Rechte der beiden Vertragsschließenden in mustergültiger Klarheit enthalten soll.

### Stellenangebote

**Tüchtiger Maschinen-Retuscheur**  
gesucht von E. Schreiber, G. m. b. H., Graph. Kunstanstalt, Stuttgart.

**Farben-Kupferdrucker**  
durchaus perfekt, möglichst für sofort gesucht. Offerten an [240] Bischoff & Höfle, G. m. b. H., München, Kaulbadstr. 51a.

Zur Bedienung der Atzmaschine u. für Punkttiefätzung erfahrener **Atzer**  
gesucht von E. Schreiber, G. m. b. H., Graph. Kunstanstalt, Stuttgart.

### Tüchtige Strichätzer

zu sofortigem Eintritt sucht E. Schreiber, G. m. b. H., Kunstanstalt, Stuttgart.

### Expedient u. Fakturist

Wir suchen zu möglichst sofortigem Eintritt einen Herrn, welcher ähnliche Stellung in der chemigr. Branche bekleidet hat und erbitten uns ausführliche Offerten mit Gehaltsanspr. E. Schreiber, G. m. b. H., Graph. Kunstanstalten, Stuttgart.

### Verschiedenes

**Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie**  
Festschrift von Fritz Hansen Verlag von Conrad Müller, Schkeuditz Preis 55 Pfg. (portofrei) Bei 10 Stück ein Freixemplar

Tadellos erhaltene lithogr. Werke, bestehend aus:

**Graph. Neuheiten**  
Serie I u. II sowie Ornament und Figur, infolge Todesfalls zusammen für 80 Mk. gegen bar zu verkaufen. Einzelne 25 Mk. H. Herrmann, Zittau, Oybingerstr. 12. [240]

**Graphische Fachklassen**  
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-druck, Photochemische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbebehörde **Barmen**

### Die Sonne der Nacht!

Schönheit und schützt die Augen!  
Pat. unübrir. Lichtverstärker u. Augenschützer. An jeder Lampe, Petroleum, Gas oder elektr. leicht u. bequem anzubringen. Unentbehrlich für jeden Kollegen, Lithogr., Photogr. etc. Muster franko geg. Einsend. v. 1,30 M. (keine Briefm.) Bei Mehrbezug hoher Rabatt. (300) G. Christiansen, Saalfeld a. S., Reinhardtstr.

**Roulett., Fadenstichel Fräser u.s.w.** in bester Aus-führung fert. an Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31.

### Wischwalzen - Schläuche

ohne Naht für Steindruck-Schnell-Pressen liefert **Edmund Behnisch, Luckenwalde.** Vertreter an allen größeren Plätzen. Ia. Zeugnisse.

### Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.  
Der Aluminiumdruck (Algraphie). Von K. Wellandt. Preis inkl. Porto 85 Pf.  
Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie. Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.

Zu beziehen durch: **Conrad Müller, Schkeuditz.**

### Verbandsnachrichten

**Achtung! Dortmund!**  
Vorsitzender und Auskunftsleiter ist Christian Kortekamp, Hagenstr. 27 III. — Kassierer und Untersützungsausschier ist Andreas Sautner, II Kampstr. 28. Sprechz. v. 6—8 Uhr abds.